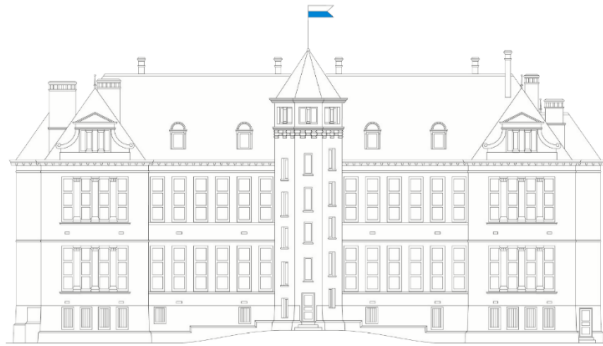


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT .....	8
COVID-19 .....	8
Kommission fordert Internet-Plattformen zu monatlichen Berichten über ihren Kampf gegen Desinformation mit COVID-19-Bezug auf.....	8
Sondersitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung: Grenzkontrollen im Schengen-Raum rasch beenden / Wiederbelebung der Wirtschaft an Strukturreformen knüpfen .....	8
Beratungen der EU-Entwicklungsminister: Team Europe als Globale COVID 19-Krisenreaktion der EU mobilisiert 36 Mrd. € .....	9
Bekämpfung der Pandemie in den Partnerländern der EU: Kommission schlägt Steigerung der Finanzmittel um 16,5 Mrd. € vor .....	9
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN .....	9
Beratung der Außenminister: Friedensprozess in Afghanistan umsetzen / Schwerpunkte der EU-China-Beziehungen justieren .....	9
EU-China-Gipfel mit physischem Treffen der Staats- und Regierungschefs: Neuer Termin offen .....	10
Makro-Finanzhilfe für die Ukraine: EU gibt 500 Mio. € als Darlehen frei .....	10
10. Jahresbericht über öffentliche Entwicklungshilfe der EU .....	10
Präsidentenwahl in Polen am 28. Juni unter neuen Vorzeichen .....	11
DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT .....	11
Gespräch zwischen Parlamentspräsident <i>Sassoli</i> und Bundestagspräsident <i>Schäuble</i> über die deutsche Ratspräsidentschaft .....	11
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION .....	12
COVID-19 .....	12
Informelle Videokonferenz der EU-Innenminister am 05.06.2020: Aufhebung der Corona-bedingten Binnengrenzkontrollen bis spätestens Ende Juni.....	12
Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Sport: Informelle Videokonferenz der EU-Sportminister am 02.06.2020 .....	12
KATASTROPHENSCHUTZ .....	13
Verbesserung des Katastrophenschutzes: Vorschlag der Kommission zur Stärkung von rescEU .....	13
rescEU: Aufstockung der Flotte um zwei Löschflugzeuge .....	13
EUROPOL.....	13
EU-Konsultation zur Stärkung des Europol-Mandats .....	13
Neues Zentrum für Finanz- und Wirtschaftskriminalität .....	13
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT .....	14
Westbalkan: Ratsschlussfolgerungen zu verstärkter Zusammenarbeit in den Bereichen Migration und Sicherheit.....	14



ASYL UND MIGRATION .....	14
EASO: Bericht über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf nationale Asylbehörden und Aufnahmeeinrichtungen .....	14
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR .....</b>	<b>16</b>
COVID-19 .....	16
ERH veröffentlicht geändertes Arbeitsprogramm 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB .....	16
Kommission lobt „Galileo Green Lane“-App zur besseren Verkehrssteuerung .....	16
VERKEHRSPOLITIK .....	16
Ergebnisse der informellen Videokonferenz der EU-Verkehrsminister am 04.06.2020 .....	16
VERKEHRSINFRASTRUKTUR .....	17
Europäisches Parlament und Rat erzielen politische Einigung zur Straffung von Maßnahmen zur Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) .....	17
STRAßENVERKEHR .....	17
EuGH bestätigt Klagerecht gegen Grundwasserbeeinträchtigung durch Straßenbauprojekt .....	17
GÜTERVERKEHR .....	18
Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments stimmt der Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr zu .....	18
BINNENSCHIFFFAHRT .....	18
Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Zukunft des Schiffsverkehrs an .....	18
LUFTVERKEHR .....	19
Rat legt 2019 als Basisjahr für die Berechnung der CO <sub>2</sub> -Emissionen unter CORSIA fest .....	19
Kommission nimmt aktualisierte EU-Luftverkehrssicherheitsliste an .....	19
<b>STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....</b>	<b>20</b>
Informelle Videokonferenz der Justizministerinnen und Justizminister .....	20
Pläne der Deutschen Ratspräsidentschaft für den Justizbereich .....	20
Kommission startet Konsultationen zum Legislativpaket über digitale Dienste .....	20
Bericht zur Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten .....	21
Bericht über Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums .....	21
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST .....</b>	<b>23</b>
FORSCHUNG .....	23
Informelle Videokonferenz der EU-Forschungsminister .....	23
Ratsschlussfolgerungen „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ zum Digitalpaket der Kommission .....	23
COVID-19 .....	24
EU stellt 314 Mio. € für innovative Unternehmen zur Bekämpfung des Coronavirus und zur Unterstützung des Aufbaus aus Horizont 2020 bereit .....	24



„EUvsVirus Matchathon“ führt zu 2235 neuen Partnerschaften zur Umsetzung innovativer Lösungen zur Bewältigung der Corona-Krise.....	24
<b>STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT .....</b>	<b>25</b>
Coronavirus: Bruttoinlandsprodukt im Euroraum sinkt 2020 deutlich .....	25
Informeller Rat für Wirtschaft und Finanzen: Austausch zum EU-Wiederaufbauplan sowie zur Koordinierung der nationalen Fiskal- und Wirtschaftspolitiken.....	25
<b>EU-HAUSHALT.....</b>	<b>26</b>
Coronavirus: Kommissionsvorschlag für Wiederaufbau für Finnland so nicht akzeptabel .....	26
Coronavirus: Kommission schlägt für EU-Haushalt 2020 Anpassungen von 11,5 Mrd. € vor .....	26
EU-Solidaritätsfonds: Parlamentsausschuss genehmigt Unterstützung für Italien, Österreich, Portugal und Spanien wegen Naturkatastrophen.....	27
Coronavirus: Europäischer Rechnungshof ändert Arbeitsprogramm für 2020 .....	27
<b>STEUER.....</b>	<b>28</b>
Coronavirus: Internationale Steuerreform trotz Verzögerungen laut OECD 2020 noch möglich.....	28
Rat billigt Schlussfolgerungen zur künftigen Verwaltungszusammenarbeit und Tabaksteuer.....	28
EU-Botschafter billigen Berichte zu Steuerfortschritten während des kroatischen Ratsvorsitzes .....	29
Coronavirus: Kommission genehmigt Mehrwertsteuerstundung Zyperns von 33 Mio. €.....	29
Appell italienischer und deutscher Persönlichkeiten: Corona-Wiederaufbau durch Eindämmung von Steuerdumping und Geldwäsche finanzieren .....	30
<b>WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION .....</b>	<b>30</b>
<i>Mário Centeno</i> gibt Präsidentschaft der Euro-Gruppe zum 13.07.2020 ab .....	30
Europäische Zentralbank vergrößert Pandemie-Notkaufprogramm auf 1,35 Bio. € .....	31
Währungspolitischer Dialog des Europäischen Parlaments mit der Europäischen Zentralbank .....	31
Jahresbericht der Europäischen Zentralbank: Internationale Euro-Nutzung weitgehend stabil .....	32
Kommission und Europäische Zentralbank berichten zu Fortschritten bei Euro-Einführung.....	32
<b>FINANZMARKT .....</b>	<b>33</b>
Coronavirus: Europäische Zentralbank und Rumänische Nationalbank richten Repo-Linie über 4,5 Mrd. € zur Bereitstellung von Euro-Liquidität ein.....	33
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...</b>	<b>34</b>
<b>WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....</b>	<b>34</b>
Coronavirus: Einigung zum Bankenpaket zur Erleichterung der Kreditvergabe .....	34
Coronavirus: EU stellt 314 Mio. € für innovative Unternehmen zur Bekämpfung des Virus und zur Unterstützung des Aufbaus bereit .....	34
Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas an.....	34
Informelle Videokonferenz der Forschungsminister .....	35
EuGH: Haftpflichtversicherungsschutz bei Brustimplantaten kann auf Frauen beschränkt werden, die in Frankreich operiert wurden .....	35



EuGH: Pharmaunternehmen dürfen keine Gratismuster verschreibungspflichtiger Arzneimittel an Apotheker abgeben .....	35
Beteiligung an einem Kartell zur Verzögerung des Inverkehrbringens von Generika: Schlussanträge der Generalanwältin.....	36
Kapitalmarktunion: High Level Forum veröffentlicht Abschlussbericht .....	36
Veröffentlichung des Digital Economy and Society Index 2020 .....	37
Konsultation zum Legislativpaket zu digitalen Diensten.....	37
Konsultation für ein mögliches neues Wettbewerbsinstrument.....	37
Kommission legt Fahrplan für EU-Arzneimittelstrategie vor.....	38
Konsultation zur Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor .....	38
Konsultation zu delegiertem Rechtsakt für zentrale Gegenparteien .....	38
Konsultationen zum Emissionshandelssystem .....	39
Sustainable Finance: Konsultationen zu sozialen und ökologischen Aspekten in der Kundenberatung ..	39
Kommission genehmigt Übernahme der Bayer-Tiergesundheitsparte durch Elanco unter Auflagen.....	39
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Tank&Rast durch Allianz und OMERS .....	39
<b>ENERGIE .....</b>	<b>40</b>
EuG erklärt Klagen der Nord Stream AG und der Nord Stream 2 AG für unzulässig .....	40
Konsultation zur Festsetzung der Gebühren an die ACER zur Datenverarbeitung .....	40
<b>AUßENWIRTSCHAFT.....</b>	<b>40</b>
Coronavirus: EU-Handelsminister tauschen sich über Handelspolitik aus .....	40
Konsultation zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen .....	41
<b>INNOVATION UND TECHNOLOGIE .....</b>	<b>41</b>
Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Raumfahrtspolitik an .....	41
Coronavirus: Kommission und ESA stellen neues Coronavirus-Erdbeobachtungsinstrument vor .....	41
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ .....</b>	<b>42</b>
<b>UMWELT.....</b>	<b>42</b>
Europäischer Rechnungshof: Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen: Der Beitrag der GAP hat den Rückgang nicht gestoppt .....	42
EuGH: Präzisierung des Begriffs der „Zusammenarbeit“ zwischen öffentlichen Einrichtungen bei Abfallentsorgung.....	42
Kommission startet Konsultation über Berichterstattung im Rahmen des EU-EHS.....	43
Kommission startet Konsultation zum Fahrplan für eine Revision der Richtlinie zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden .....	43
Kommission startet Konsultation zur POP-Verordnung .....	43
Kommission startet Konsultation zum Fahrplan der Überarbeitung der Regularien für Batterien .....	44
EuGH: Deutsches Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz vereinbar mit UVP-Richtlinie.....	44
EuGH: Unionskonformität der 10-H-Regel für Windräder .....	45



VERBRAUCERSCHUTZ.....	45
EuGH: Anspruch auf Nutzungersatz bei Widerruf eines Darlehensvertrags .....	45
EU-Bankenaufsichtsbehörde veröffentlicht Leitlinien zum Schutz der Verbraucher bei Kreditvergabe ...	46
COVID-19.....	46
Rat legt 2019 als Basisjahr für die Berechnung der CO <sub>2</sub> -Emissionen unter CORSIA fest .....	46
Neue Emissionsgrenzwerte für Traktoren und Baumaschinen um ein Jahr verschoben .....	46
Kommission nimmt Coronavirus SARS-CoV-2 in Liste der biologischen Arbeitsstoffe auf .....	47
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN .....</b>	<b>48</b>
Rat diskutiert per Videokonferenz über Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und Biodiversitätsstrategie 2030.....	48
Europäischer Rechnungshof: GAP hat den Rückgang der Biodiversität auf landwirtschaftlichen Flächen nicht gestoppt.....	48
rescEU: Aufstockung der Flotte um zwei Löschflugzeuge .....	49
EU-Ausfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse schwächer .....	49
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....</b>	<b>50</b>
Initiative für EU-Mindestlohnrahmen: Kommission leitet zweite Phase der Konsultation der Sozialpartner ein .....	50
COVID-19: Informelle Videokonferenz der EU-Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten am 09.06.2020.....	50
Rat bestätigt Schlussfolgerungen zur Förderung des Wohlergehens am Arbeitsplatz, zur Umschulung und Weiterbildung sowie zu demografischen Herausforderungen in der EU .....	51
Verkehrsausschuss des EP stimmt der Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr zu .....	51
Fahrplan für eine neue Strategie für die Gleichstellung von LGBTI+ .....	52
Arbeitslosenquote im April 2020 im Euroraum bei 7,3 % und in der EU27 bei 6,6 %.....	52
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....</b>	<b>53</b>
EuGH urteilt zur kostenlosen Abgabe von Fertigarzneimitteln an Apotheker .....	53
EuGH urteilt zur Beschränkung der Haftung für fehlerhafte Brustimplantate.....	53
EuGH urteilt zur Anwendung des Beihilferechts auf gesetzliche Krankenkassen .....	53
Ratsschlussfolgerungen zur Digitalstrategie der Kommission .....	54
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zur Badegewässerqualität .....	54
Coronavirus: EU stellt Fördermittel für innovative Unternehmen bereit .....	55
Revision des Statuts der Europäischen Drogenbeobachtungsstelle .....	55
Coronavirus: EU sagt Fördermittel für Impfallianz GAVI zu .....	56
Kommission legt Fahrplan für EU-Arzneimittelstrategie vor.....	56
Coronavirus: Aktualisierung der Arbeitsschutzvorschriften .....	57
Ratsschlussfolgerungen zu Verbrauchssteuern auf Tabakwaren.....	57



Gesundheitspolitische Schwerpunkte des Aufbauplans und des überarbeiteten Jahresarbeitsprogramms der Kommission .....	58
Kommission legt Vorschlag für eigenständiges Gesundheitsprogramm im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vor.....	58
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES .....</b>	<b>60</b>
Konsultation zum Legislativpaket zu digitalen Diensten.....	60
Ratsschlussfolgerungen zur Digitalstrategie der Kommission .....	60
Informelle Videokonferenz der Minister und Ministerinnen für Telekommunikation .....	61
Veröffentlichung des Digital Economy and Society Index 2020 .....	61



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

### COVID-19

#### Kommission fordert Internet-Plattformen zu monatlichen Berichten über ihren Kampf gegen Desinformation mit COVID-19-Bezug auf

In einer am 10.06.2020 gemeinsam mit dem Hohen Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik, *Josep Borrell*, veröffentlichten Mitteilung fordert die Kommission die Internet-Plattformen vor dem Hintergrund der in den letzten Wochen festgestellten Menge an **Desinformation betreffend COVID-19** auf, den **Kampf insoweit zu verstärken** und ihre Anstrengungen **monatlich zu berichten**. So sollen die Plattformen Auskunft geben, inwieweit sie Informationen der Gesundheitsbehörden prominent platziert, Nutzer für das Thema sensibilisiert und Manipulationen festgestellt haben. Zu den **nicht bindenden** Vorschlägen gehört auch die verstärkte **Zusammenarbeit der Plattformen mit sog. Fact-Checkern**. Diese werden wiederum von der Kommission u. a. durch die am 01.06.2020 gestartete **Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien** unterstützt, eine multidisziplinäre Austausch-Plattform zum besseren Verständnis von Desinformation. In der Mitteilung wird auch explizit **China als Quelle einer Desinformations-Kampagne** genannt.

[Pressemitteilung der Kommission vom 10.06.2020](#)

[Pressemitteilung der Kommission vom 02.06.2020](#) (in englischer Sprache)

#### Sondersitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung: Grenzkontrollen im Schengen-Raum rasch beenden / Wiederbelebung der Wirtschaft an Strukturreformen knüpfen

Am 28.05.2020 fand die Sondersitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV) per Videokonferenz statt. Unter der Leitung von Bundestagspräsident *Wolfgang Schäuble* und dem Präsidenten der Assemblée Nationale *Richard Ferrand* berieten die Abgeordneten über die aktuelle Lage der Pandemie. Schwerpunkt war eine **Debatte mit den Innenministern beider Länder**, *Horst Seehofer* und *Christophe Castaner*, über die an den **deutsch-französischen Grenzen** ergriffenen Kontrollen und Einschränkungen. Beide sagten eine **Grenzöffnung** bis 15.06.2020 zu, sofern es die epidemiologische Entwicklung zulasse. Danach folgte eine Diskussion über die **wirtschaftliche Bewältigung der Pandemie**. Eine Wiederbelebung müsse **zugleich eine Modernisierung** sein, **ohne Strukturreformen greife dies zu kurz**. Auch müssten Klimawandel, Nachhaltigkeit und Artensterben in den Mittelpunkt rücken.

[Pressemitteilung des Deutschen Bundestags vom 28.05.2020](#)

[Gemeinsame Erklärung beider Präsidenten vom 26.05.2020](#)





### Beratungen der EU-Entwicklungsminister: Team Europe als Globale COVID 19-Krisenreaktion der EU mobilisiert 36 Mrd. €

Am 08.06.2020 berieten die 27 EU-Entwicklungsminister via Videokonferenz mit *Josep Borrell*, dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik einerseits über die Fortschritte in der **Umsetzung des Team Europe-Pakets**, um die internationalen Partnerländer der EU, u. a. des Westbalkan, der Östlichen Partnerschaft sowie in Afrika aber auch in Lateinamerika und in Asien im Kampf gegen die Pandemie und ihrer sozioökonomischen Folgen zu unterstützen. Durch Beiträge der Mitgliedstaaten, der Kommission, der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung konnten bisher rund 36 Mrd. € bereitgestellt werden. Den zweiten Schwerpunkt bildete eine rückblickende Debatte mit dem Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, *Tedros Adhanom Ghebreyesus*, zur **bisherigen Rolle und Tätigkeiten der WHO** in der Pandemie.

[Tagungsseite des Rats „Auswärtige Angelegenheiten / Entwicklung“](#)

### Bekämpfung der Pandemie in den Partnerländern der EU: Kommission schlägt Steigerung der Finanzmittel um 16,5 Mrd. € vor

Als Teil des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR 2021 - 2027) schlägt die Kommission zusätzliche 16,5 Mrd. € zur Krisenbekämpfung für die Partnerländer der EU, u. a. Westbalkan, Ukraine, Ägypten, Sub-Sahara-Afrika, vor. Diese zusätzlichen Mitteln sollen die drei Programme **NDICI** (Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit) mit 10,5 Mrd. €, **humanitäre Hilfe allgemein** mit 5 Mrd. € und **EFSD** (Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung) mit 1 Mrd. € aufstocken. Der Großteil dieses Gesamtbetrages (15,5 Mrd. €) solle aus dem neuen Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ finanziert werden.

[Pressemitteilung der Kommission \(Daily News, in englischer Sprache\)](#)

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

### Beratung der Außenminister: Friedensprozess in Afghanistan umsetzen / Schwerpunkte der EU-China-Beziehungen justieren

Am 29.05.2020 berieten sich die 27 EU-Außenminister mit *Josep Borrell*, dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik in einer Videokonferenz. Sie sind sich einig, dass für den **Friedensprozess in Afghanistan** die Waffenruhe wie das Abkommen vom 29.02.2020 zwischen den Taliban und den Vereinigten Staaten von Amerika ernsthaft von allen Parteien getragen werden muss. Die EU sei bereit, politische und finanzielle Hilfe zu bieten, u. a. bei institutionellen Reformen für eine demokratische Staatsführung, bei Sicherheit und Verteidigung, bei Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer und ihrer Familien oder auch bei Kinderschutzprogrammen. Daran schloss sich eine breite Diskussion über die **politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit China** an. Dies diente der Orientierung für einen nächsten



EU-China-Gipfel. Neben Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, Wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen auf Augenhöhe haben der Klimawandel, internationale Verpflichtungen und Lösungen, wie Hongkong, eine starke Bedeutung.

[Tagungsseite des Rats „Auswärtige Angelegenheiten“ vom 15.05.2020](#) (in englischer Sprache)

### EU-China-Gipfel mit physischem Treffen der Staats- und Regierungschefs: Neuer Termin offen

In Telefonaten mit dem chinesischen Staatspräsidenten *Xi Jinping* und dem Ratspräsidenten *Charles Michel* hat die Bundeskanzlerin *Angela Merkel* am 03.06.2020 eine **Verschiebung des bislang für den 14.09.2020 geplanten EU-China Treffens in Leipzig** als wichtigen Meilenstein der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vereinbart. Alle Drei betonten die hohe Bedeutung des Treffens, das jedoch wegen der Pandemie im September kaum möglich sei. Ein neuer Termin für ein physisches Treffen der Staats- und Regierungschefs soll alsbald gefunden und das Treffen damit nachgeholt werden.

[Pressemitteilung der Bundesregierung vom 03.06.2020](#)

### Makro-Finanzhilfe für die Ukraine: EU gibt 500 Mio. € als Darlehen frei

Die Europäische Kommission hat im Namen der EU die Auszahlung eines Darlehens in Höhe von 500 Mio. € an die Ukraine als Teil des vierten Makrofinanzhilfeprogramms (MFH) genehmigt. Damit hat die Ukraine **seit 2014 nun insgesamt 3,8 Mrd. € an zinsgünstigen, langfristigen Darlehen der EU** erhalten. Dies ist die bisher höchste Summe von Makrofinanzhilfen, die die EU an ein Partnerland ausgereicht hat. Die erneute Auszahlung wurde möglich, nachdem die **Ukraine zwölf vereinbarte Maßnahmen umgesetzt** hat, u. a. im Bereich der Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche, der Verwaltung der öffentlichen Finanzen, des Bankensektors, der Energie sowie der Gesundheits- und Sozialpolitik. Unabhängig davon stellt die EU der Ukraine weitere Finanzhilfedarlehen in Höhe von 1,2 Mrd. € speziell gegen die Auswirkungen von COVID-19 bereit.

[Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 29.05.2020](#)

### 10. Jahresbericht über öffentliche Entwicklungshilfe der EU

Am 08.06.2020 hat der Rat den 10. Jahresbericht über öffentliche Entwicklungshilfe der EU einschließlich seiner Schlussfolgerungen veröffentlicht. Formell müssen nun die Staats- und Regierungschefs der EU-27 den Jahresbericht beschließen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben im Jahr 2019 mit einem Anteil von **55,2 % der öffentlichen Entwicklungshilfe** (eng. official development assistance, kurz ODA) unter den Mitgliedern des Ausschusses für Entwicklungshilfe (eng. Development Assistance Committee, kurz DAC) der OECD ihre Stellung als **weltweit größter ODA-Geber** beibehalten. Das ODA-Gesamtvolumen der EU **im Jahr 2019** lag bei **75,2 Mrd. €** (zum Vergleich 74,9 Mrd. € im Jahr 2018) bzw. **0,46 % des Bruttonationaleinkommens (BNE)** der EU. Das **gemeinsame Ziel ist 0,7 % im Jahr 2030**.



[Pressemitteilung des Rats vom 08.06.2020](#)

[Ratsschlussfolgerung und ODA-Jahresbericht vom 05.06.2020](#)

### Präsidentenwahl in Polen am 28. Juni unter neuen Vorzeichen

Am 03.06.2020 wurde der **neue Termin für die Präsidentenwahl in Polen** auf den **28.06.2020** mit einer möglichen Stichwahl am 12.07.2020 festgelegt (siehe für die Verschiebung der Wahl EB 08/20). Unter-dessen hat die größte **Oppositionspartei**, die liberale Bürgerplattform, ihren **Kandidaten für die Wahl ausgetauscht**: statt der zuvor in den Umfragen weit zurückgefallenen *Małgorzata Kidawa-Błońska* tritt nun der Warschauer Bürgermeister *Rafał Trzaskowski* an – der in jüngsten Umfragen bei **etwa 26 % der Stimmen** rangiert, während die Zustimmung für den von der regierenden PiS-Partei unterstützten Amts-inhaber Andrzej Duda von über 50 % Zustimmung auf etwa 44 % nachließ, was die **Notwendigkeit einer Stichwahl** begründete. Der polnische Staatspräsident kann neue Gesetze vor Unterzeichnung dem Verfassungsgericht zur Prüfung vorlegen. Zudem hat er insoweit ein **Vetorecht**, das von der unteren Parlamentskammer, dem Sejm, nur mit einer 3/5-Mehrheit überstimmt werden kann – welche die EU-kritische Regierung nicht hat.

[Artikel in Euractiv vom 25.05.2020](#) (in englischer Sprache)

[Umfrage zur polnischen Präsidentenwahl](#) (in englischer Sprache)

## DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

### Gespräch zwischen Parlamentspräsident *Sassoli* und Bundestagspräsident *Schäuble* über die deutsche Ratspräsidentschaft

Am 27.05.2020 tauschten sich der Präsident des Europäischen Parlaments (EP), *David Sassoli* und der Präsident des Deutschen Bundestags, *Wolfgang Schäuble*, über die kommende deutsche Ratspräsidentschaft aus. Im Fokus stand dabei die **Rolle der Parlamente**. Der Bundestag plant als **parlamentarische Dimension der Präsidentschaft** (zum Teil gemeinsam mit dem Bundesrat) mehrere Konferenzen der Fachausschüsse und Ausschussvorsitzenden der nationalen Parlamente mit dem EP. Für **Herbst 2020** wurde eine hochrangige **parlamentarische Konferenz zu Migration und Asyl** angekündigt. Außerdem solle die **Konferenz zur Zukunft Europas** starten.

[Pressemitteilung des Deutschen Bundestags vom 27.05.2020](#)



## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

### COVID-19

#### Informelle Videokonferenz der EU-Innenminister am 05.06.2020: Aufhebung der Corona-bedingten Binnengrenzkontrollen bis spätestens Ende Juni

In ihrer informellen Videokonferenz vom 05.06.2020 haben die EU-Innenminister beschlossen,

- **bis spätestens Ende Juni alle Binnengrenzkontrollen aufzuheben** und die volle Integrität des Schengenraums wiederherzustellen. Für die Mehrheit der Mitgliedstaaten werde das sogar bereits bis 15.06.2020 zutreffen.  
Die außerordentliche Wichtigkeit der Rückkehr zur grenzüberschreitenden Freizügigkeit betonte am 04.06.2020 auch der **Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments** in einer Resolution, über die in der Plenarsitzung vom 17.06.2020 - 19.06.2020 abgestimmt werden soll.
- Die **Kontrollen an den EU-Außengrenzen** hingegen werden auf ausdrücklichen Wunsch der Mitgliedstaaten **bis Ende Juni verlängert. Ab Juli** wolle man dann auch hier **schrittweise und abgestimmt lockern**. Die **Kommission** hat angekündigt, zeitnah eine **Mitteilung** hierzu zu veröffentlichen.
- Deutschland informierte außerdem über die prioritären Innenthemen während der deutschen Ratspräsidentschaft: besonders im Fokus stehe die Stärkung des EU-Katastrophenschutzmechanismus, die Reform des GEAS sowie der Kampf gegen Terrorismus.

[Wesentliche Ergebnisse der Videokonferenz der EU-Innenminister vom 05.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des LIBE-Ausschusses](#) (in englischer Sprache)

#### Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Sport: Informelle Videokonferenz der EU-Sportminister am 02.06.2020

Zum zweiten Mal tauschten sich am 02.06.2020 die EU-Sportminister zusammen mit EU-Kommissarin *Mariya Gabriel* (Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend) über die Auswirkungen der Pandemie auf den Sportbereich aus. Die Corona-Krise habe Einnahmen vieler Sportorganisationen bis hin zur existenziellen Bedrohung geschmälert. Oberste Priorität habe aber weiterhin die Gesundheit der Bürger. Die Minister betonten die **wirtschaftliche, gesundheitsfördernde wie soziale Wichtigkeit des Sports**. Es müsse daher geprüft werden, **wie neben dem Sportprogramm in Erasmus+ auch andere EU-Fonds für den Sport genutzt werden könnten**. Der Dialog zur sicheren Wiederaufnahme des Sportbetriebs sei EU-weit, aber auch national auf allen Ebenen fortzusetzen.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)



## KATASTROPHENSCHUTZ

### Verbesserung des Katastrophenschutzes: Vorschlag der Kommission zur Stärkung von rescEU

EU-Krisenkommissar *Janez Lenarčič* hat in einer Pressekonferenz vom 02.06.2020 über die Vorschläge der Kommission informiert, **rescEU bis 2027 auf insgesamt 3,1 Mrd. € aufzustocken**, wobei allein **2 Mrd. € über das jüngst vorgestellte Aufbauinstrument „Next Generation EU“** beigesteuert werden sollen. Das derzeitige EU-Katastrophenschutzsystem sei – als Lehre aus der Corona-Krise – wenig effektiv in einem Szenario, in dem viele, wenn nicht sogar alle Mitgliedstaaten gleichzeitig von einer Krise betroffen seien. Die EU solle daher **eigene rescEU-Kapazitäten** (strategische europäische Reserve) **direkt beschaffen** können und so ein Sicherheitsnetz schaffen, das **als letztes Mittel** dann (und nur dann) eingreife, wenn nationale Kapazitäten überfordert seien.

[Fragen und Antworten: rescEU und humanitäre Hilfe im Rahmen des neuen MFR](#)

[Factsheet rescEU](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union](#)

### rescEU: Aufstockung der Flotte um zwei Löschflugzeuge

Zur Vorbereitung auf das Risiko von Waldbränden im diesjährigen Sommer stockt die EU ihre Flotte von Luftfahrzeugen im Rahmen von rescEU auf. Die **schwedische Regierung** wird **zwei neue Löschflugzeuge** für die EU-Reserve kaufen, die von der EU finanziert werden. Damit wird die von der EU finanzierte **rescEU-Flotte 2020 auf insgesamt 13 Flugzeuge und sechs Hubschrauber aufgestockt**.

[Pressemitteilung der Kommission vom 05.06.2020](#)

## EUROPOL

### EU-Konsultation zur Stärkung des Europol-Mandats

Die Kommission hat jüngst eine **EU-Konsultation zur Stärkung des Europol-Mandats**, zu dem sie gemäß ihrem modifizierten Arbeitsprogramm **im 4. Quartal 2020 einen Vorschlag** vorlegen wird, veröffentlicht. Die Möglichkeit, sich am Konsultationsverfahren zu beteiligen, besteht noch **bis 09.07.2020**.

[EU-Konsultation „Police cooperation – stronger mandate for Europol“](#) (in englischer Sprache)

### Neues Zentrum für Finanz- und Wirtschaftskriminalität

Am 05.06.2020 eröffnete Europol das neue **European Financial Economic Crime Centre (EFECC)** in Den Haag **zur verstärkten Bekämpfung von Profiten des organisierten Verbrechens**. Die EU-weite grenzüberschreitende Ermittlungstätigkeit, die Verfolgung illegalen Geldflusses sowie die Abschöpfung illegal



erworbenen Vermögens sollen durch das neue Zentrum erleichtert werden. 65 internationale Experten sollen die finanziellen Ermittlungen koordinieren.

[Pressemitteilung von Europol vom 05.06.2020](#) (in englischer Sprache)

## INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

### Westbalkan: Ratsschlussfolgerungen zu verstärkter Zusammenarbeit in den Bereichen Migration und Sicherheit

Am 05.06.2020 veröffentlichte der Rat Schlussfolgerungen zu einer verstärkten Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den Westbalkanstaaten in den Bereichen Migration und Sicherheit. In den Schlussfolgerungen wird dazu aufgerufen, die westlichen Balkanländer kontinuierlich dabei zu unterstützen,

- eine **effizientere Migrationspolitik und ein effizienteres Grenzmanagement** zu erreichen, die **Funktionsweise ihrer Asylsysteme weiter zu verbessern** und die Zusammenarbeit bei der **Rückübernahme und Rückführung** zu verstärken,
- **organisierte Kriminalität, Terrorismus und gewaltbereiten Extremismus** wirksam zu bekämpfen,
- die Fähigkeit der Partner, gegen die Verbreitung von **Desinformation und Falschmeldungen** vorzugehen und auf mögliche **Cyberangriffe und hybride Bedrohungen** zu reagieren, zu verbessern.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Verbesserung der **operativen** Zusammenarbeit (verbesserter Informationsaustausch, Zusammenarbeit mit EU-Agenturen).

[Pressemitteilung des Rats vom 05.06.2020](#)

[Schlussfolgerungen des Rates zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit Partnern im Westbalkan im Bereich Migration und Sicherheit vom 05.06.2020](#)

## ASYL UND MIGRATION

### EASO: Bericht über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf nationale Asylbehörden und Aufnahmeeinrichtungen

EASO, das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, würdigt in einem aktuellen **Bericht über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit nationaler Asyl- und Aufnahmebehörden** die Anstrengungen der Mitgliedstaaten, die **Arbeit trotz der Corona-bedingten Notstandsmaßnahmen fortzusetzen**, sei es durch Telearbeit, elektronische Verfahren, Fristverlängerungen, automatische Dokumentengültigkeitsverlängerungen sowie Hygiene- und Desinfektionsmaßnahmen. Gleichzeitig wird an die Mitgliedstaaten appelliert, die ergriffenen **Maßnahmen zu evaluieren**, um sie im Falle einer zweiten Infektionswelle **entweder schnell reaktivieren** zu können **oder** sie, wo immer sich das anbietet, sogar **permanent in den Arbeitsprozess zu übernehmen**.

[Pressemitteilung EASO vom 02.06.2020](#) (in englischer Sprache)



[EASO-Bericht: COVID-19 emergency measures in asylum and reception systems](#) (in englischer Sprache)





## STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

### COVID-19

#### ERH veröffentlicht geändertes Arbeitsprogramm 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB

Am 28.05.2020 hat der Europäische Rechnungshof (ERH) sein **geändertes Arbeitsprogramm 2020** veröffentlicht. Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB mit „hoher Priorität“ bleiben die Prüfung der **Umsetzung der Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie** und des **Ausbaus des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)**. Prioritär soll der Einsatz von EU-Mitteln für Verkehrsinfrastrukturprojekte, die Fortschritte der Verkehrswende zur Reduzierung von Luftschadstoffen in Städten sowie die Verwendung von freien Zertifikaten im EU-Emissionshandel (ETS) geprüft werden. Neu wurden zwei Analysen zum Beitrag der EU zur öffentlichen Gesundheit und zur wirtschaftlichen Unterstützung aufgenommen. Die Ergebnisse sollen bei der Bewertung des Krisenmanagements der EU helfen.

[Pressemitteilung des ERH](#)

[Bericht des ERH](#) (in englischer Sprache)

#### Kommission lobt „Galileo Green Lane“-App zur besseren Verkehrssteuerung

Am 04.06.2020 lobte die Kommission, dass die „**Galileo Green Lane**“-**Applikation** zur besseren Steuerung des Verkehrsflusses in den transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-V) mehr als 2.500 Mal heruntergeladen wurde. Ziel ist es, den freien Warenverkehr zu fördern und die Wartezeiten an den Grenzen auf den bevorzugten Fahrspuren („green lanes“) auf unter 15 Minuten zu senken. Die Verkehrs-App bietet zwei Schnittstellen für nationale Behörden sowie für Lkw- und Pkw-Fahrer zur Visualisierung der aktuellen Verkehrssituation an den Grenzen, zur Erstellung automatisierter Berichte und zur besseren Routenplanung in Echtzeit. Das Pilotprojekt wurde an Grenzübergängen in Frankreich, Griechenland, Ungarn, Tschechien und Spanien getestet. Laut Kommission konnten inzwischen Daten von 97 der insgesamt 187 „Green Lane“-Grenzpunkten in den EU-Mitglied- und benachbarten Drittstaaten gesammelt werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

### VERKEHRSPOLITIK

#### Ergebnisse der informellen Videokonferenz der EU-Verkehrsminister am 04.06.2020

Am 04.06.2020 fand die **dritte informelle Videokonferenz der EU-Verkehrsminister** statt. Ein erstes Treffen zu den Folgen der COVID-19-Pandemie hatte am 18.03.2020 (EB 05/20) und ein zweites zu den Maßnahmen bei der Krisenbewältigung am 29.04.2020 (EB 08/20) stattgefunden. Im Mittelpunkt stand diesmal die Stärkung der **Nachhaltigkeit** und **Digitalisierung des Verkehrssektors im Anschluss an die Pandemie**. Die Kommission verwies auf ihre Mitteilung zum Wiederaufbauplan vom 27.05.2020, der 1.850 Mrd. € unter dem





mehrfährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 - 2027, davon 750 Mrd. € durch das neue Finanzierungsinstrument („Next Generation EU“), mobilisieren soll (EB 09/20). Die Mittel sollen auch für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und zur Verbesserung der Konnektivität sowie für Projekte zur Umsetzung nachhaltiger und intelligenter Mobilität verwendet werden. Daneben wurde das Programm für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft vorgestellt. Die beiden **formellen Verkehrsministerräte** finden voraussichtlich am **28.09.2020** und **08.12.2020** statt. Zudem werde ein **informeller Verkehrsministerrat** am **29./30.10.2020 in Passau** geplant.

[Tagungsinformationen der kroatischen EU-Ratspräsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

## VERKEHRSINFRASTRUKTUR

### Europäisches Parlament und Rat erzielen politische Einigung zur Straffung von Maßnahmen zur Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)

Am 09.06.2020 erzielten das Europäische Parlament (EP) und der Rat eine **politische Einigung zur Straffung von Maßnahmen zur Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)**. Bereits am 13.02.2019 hatte das EP (EB 05/19) und am 02.12.2019 der Rat zu diesem Gesetzesvorschlag aus dem dritten Mobilitätspaket einen Standpunkt gefasst (EB 22/19). Ziel der Überarbeitung ist es, große Infrastrukturprojekte für die Fertigstellung des TEN-V-Kernetzes bis 2030 durch gestraffte Genehmigungs- und Vergabeverfahren zu beschleunigen. Die politische Einigung muss von EP und Rat noch formal bestätigt werden, bevor die Bestimmungen in Kraft treten können.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

## STRAßENVERKEHR

### EuGH bestätigt Klagerecht gegen Grundwasserbeeinträchtigung durch Straßenbauprojekt

Am 28.05.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-535/18 Land Nordrhein-Westfalen geurteilt, dass unmittelbar von **Straßenbauprojekten** betroffene Personen befugt sein müssen, vor den zuständigen nationalen Gerichten die Verletzung der Pflichten zur **Verhinderung der Verschlechterung von Wasserkörpern und zur Verbesserung ihres Zustands** geltend zu machen (siehe weiteren Beitrag des StMUV in diesem EB). Anrainer des geplanten Neubaus der A 33/B 61 (Zubringer Ummeln), eines 3,7 km langen Straßenabschnitts, klagten gegen den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Detmold, da sie befürchteten, dass der Neubau zu Überschwemmungen führen und das Trinkwasser aus ihren Hausbrunnen verunreinigen könnte.

Des Weiteren muss die Behörde die Prüfung der Einhaltung der Vorschriften zur Verhinderung der Verschlechterung des Zustands **sowohl der Oberflächen- als auch der Grundwasserkörper** vor der Projektgenehmigung durchführen und entsprechende Informationen öffentlich zugänglich machen. Von einer Verschlechterung des chemischen Zustands eines Grundwasserkörpers ist bereits dann auszugehen, wenn



mindestens eine der Qualitätsnormen oder einer der Schwellenwerte überschritten wird. Ferner äußerte sich der EuGH auch zum Umgang mit formalen Verfahrensfehlern bei der Projektgenehmigungsentscheidung.

[EuGH-Urteil in der Rechtssache C-535/18](#)

## GÜTERVERKEHR

### Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments stimmt der Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr zu

Am 08.06.2020 hat der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) der **Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr** („Mobilitätspaket I“) zugestimmt. Bereits am 07.04.2020 hatte der Rat das Trilogergebnis formal angenommen (EB 07/20). Das Paket besteht aus einer Verordnung, die den Marktzugang im Güterkraftverkehr und den Zugang zum Beruf des Güter- oder Personenkraftverkehrsunternehmers regelt (*TRAN: 33 Stimmen, 16 Gegenstimmen, keine Enthaltung*), einer Verordnung über maximale Arbeitszeiten und Mindestruhezeiten für Kraftfahrer und den Einsatz von Fahrtenschreibern (*TRAN: 33 Stimmen, 15 Gegenstimmen, eine Enthaltung*) sowie einer Richtlinie zur Festlegung von Vorschriften für die Entsendung von Kraftfahrern (*TRAN: 30 Stimmen, 19 Gegenstimmen, keine Enthaltung*). **Das Plenum des EP wird hierüber abschließend im Juli 2020 abstimmen.** Nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt treten die beiden Verordnungen 20 Tage später und die Richtlinie am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

[Pressemitteilung des TRAN-Ausschusses](#) (in englischer Sprache)

[Text der Verordnung über den Berufs- und Marktzugang](#) (in englischer Sprache)

[Text der Verordnung über Lenk-/Ruhezeiten und Fahrtenschreiber](#) (in englischer Sprache)

[Text der Richtlinie über die Entsendung von Kraftfahrern](#) (in englischer Sprache)

## BINNENSCHIFFFAHRT

### Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Zukunft des Schiffsverkehrs an

Am 05.06.2020 hat der Rat **Schlussfolgerungen zur Zukunft des Seeverkehrs und der Binnenschifffahrt** angenommen. Bereits am 10./11.03.2020 hatte ein informeller Verkehrsrat die „Erklärung von Opatija“ als Grundlage hierfür verabschiedet (EB 05/20). Der Rat würdigt die wichtige Rolle der Schiffsbesatzungen und Hafenbetreiber bei der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und der Aufrechterhaltung von Lieferketten. Gleichzeitig müsse die Schifffahrt für die Zukunft **CO<sub>2</sub>-neutral, unfallfrei, automatisiert und wettbewerbsfähig** sein. Neben Investitionen in die Entwicklung alternativer Kraftstoffe soll auch die Digitalisierung durch moderne Binnennavigationssysteme und digitalisierte Verwaltungsabläufe und Zertifikate gefördert werden. Zudem spielt die Ausbildung des Personals eine wichtige Rolle bei der Erreichung der Ziele.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Ratsschlussfolgerungen](#) (in englischer Sprache)



## LUFTVERKEHR

### Rat legt 2019 als Basisjahr für die Berechnung der CO<sub>2</sub>-Emissionen unter CORSIA fest

Am 09.06.2020 hat der Rat 2019 als Basisjahr zur Berechnung für das System zum Ausgleich und zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen für den internationalen Luftverkehr (CORSIA) festgelegt. Ursprünglich hätten die an CORSIA beteiligten Staaten der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß für die Jahre 2019/2020 melden müssen. Aufgrund der Luftverkehrsbeschränkungen im Jahr 2020 wären die Durchschnittswerte deutlich niedriger ausgefallen. Die Emissionen im Basisjahr bilden die Berechnungsgrundlage, auf der die Kompensationen für darüber hinaus ausgestoßene CO<sub>2</sub>-Emissionen ab 2021 (Start der Pilotphase) berechnet werden. Durch die Festlegung auf das Basisjahr 2019 soll der Sondersituation durch die COVID-19-Pandemie und einer möglichen Rückkehr zum normalen Flugbetrieb ab 2021 Rechnung getragen werden. Die Berechnungsbasis soll auf der nächsten Sitzung des ICAO-Rates vom 08.06.2020 - 26.06.2020 diskutiert werden. Eine Überprüfung von CORSIA soll 2022 stattfinden.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

### Kommission nimmt aktualisierte EU-Luftverkehrssicherheitsliste an

Am 02.06.2019 hat die Kommission eine aktualisierte Luftverkehrssicherheitsliste mit Betriebsuntersagungen für Luftverkehrsunternehmen angenommen (EB 22/19). Insgesamt dürfen 96 Fluggesellschaften nicht in den EU-Luftraum einfliegen. Hierzu zählen u. a. Avior Airlines (Venezuela), Blue Wing Airlines (Suriname), Iran Aseman Airlines (Iran), Iraqi Airways (Irak), Med-View Airlines (Nigeria) und Air Zimbabwe (Zimbabwe). Restriktionen bestehen auch für bestimmte Flugzeugtypen von Air Koryo (Korea), Air Service Comores (Komoren) and Iran Air (Iran).

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[EU-Luftverkehrssicherheitsliste](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

### Informelle Videokonferenz der Justizministerinnen und Justizminister

Am 04.06.2020 fand eine informelle Videokonferenz der Justizminister statt, bei der auch Justizkommissar *Reynders* teilnahm. Auf der Tagesordnung standen u. a. der Vorschlag für eine Verordnung zur Drittwirkung der Forderungsabtretung, die Auslieferung von EU-Bürgern an Drittstaaten, die Auswirkungen von COVID-19 auf den Justizsektor und Fortschritte bei Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft.

Unter dem Aspekt „Auswirkungen von COVID-19 auf den Justizsektor“ berichtete die Kommission u. a. über die **Koordinierungsgruppe zum Europäischen Haftbefehl**. Diese war im Anschluss an die Videokonferenz der Justizminister vom 06.04.2020 ins Leben gerufen worden. Inzwischen hat sie ihre Arbeit aufgenommen und soll für einen effizienten Austausch zwischen den Mitgliedstaaten Sorge tragen. Anfang Juli 2020 wird die Kommission hierzu einen Umsetzungsbericht vorlegen.

Die Kommission kündigte zudem eine **Änderung des Auswahlverfahrens** hinsichtlich der **Ernennung des Kollegiums der Europäischen Staatsanwälte** an. Dadurch hofft man die derzeitige Blockade bei der Ernennung des Kollegiums zu überwinden. Hintergrund ist, dass Malta weiterhin Schwierigkeiten hat, drei geeignete Kandidaten für das Amt des (maltesischen) Europäischen Staatsanwalts zu benennen. Die Europäische Staatsanwaltschaft soll Ende November 2020 ihre Tätigkeit aufnehmen.

[Tagungsseite mit weiteren Informationen](#) (in englischer Sprache)

[Video-Pressestatements der kroatischen Präsidentschaft und des Justizkommissars](#) (in englischer Sprache)

### Pläne der Deutschen Ratspräsidentschaft für den Justizbereich

Bei der informellen Videokonferenz der Justizministerinnen und Justizminister (siehe gesonderter Beitrag) präsentierte die Bundesjustizministerin *Christine Lambrecht* die Pläne der Deutschen Ratspräsidentschaft für den Justizbereich. Darin wird die **Notwendigkeit einer widerstandfähigen Rechtsstaatlichkeit** und **Vertrauen in die Justiz** betont. Im Juli plane man eine Konferenz zum Zugang zur Justiz und im Dezember eine Konferenz zu eJustice.

Weitere wichtige Themen werden künstliche Intelligenz, Desinformation, Fake News und Meinungsfreiheit sowie Hassrede, der Schutz von verletzlichen Gruppen und Opfern von Straftaten, e-Evidence, der Europäische Haftbefehl und der Start der Europäischen Staatsanwaltschaft sein.

[Tagungsseite mit weiteren Informationen](#) (in englischer Sprache)

### Kommission startet Konsultationen zum Legislativpaket über digitale Dienste

Die Kommission startete am 02.06.2020 öffentliche Konsultationen zum geplanten Legislativpaket über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA). Die Kommission plant ein solches Legislativpaket im 4. Quartal vorzulegen. Dieses soll den **EU-Rechtsrahmen für digitale Dienste reformieren** und insbesondere auch die



**Verantwortlichkeit von Plattformen** erhöhen. Es soll aus zwei Teilen bestehen: Der Überarbeitung der sog. E-Commerce-Richtlinie (Richtlinie 2000/31/EG über den elektronischen Geschäftsverkehr) und ein neues ex-ante Instrument für Plattformen mit großer Marktmacht, die als sog. Torwächter fungieren. **Die öffentlichen Konsultationen laufen bis 08.09.2020.** Zusätzlich hat die Kommission erste Folgenabschätzungen zu den beiden Elementen der Initiative veröffentlicht. Diese können bis 30.06.2020 kommentiert werden (siehe auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission vom 02.06.2020 zu den Konsultationen](#)

[Zu den Konsultationen betreffend die Überarbeitung der sog. E-Commerce-RL](#) (in englischer Sprache)

[Zu den Konsultationen betreffend das ex ante Instrument für Plattformen mit großer Marktmacht](#) (in englischer Sprache)

### Bericht zur Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten

Die Kommission veröffentlichte am 02.06.2020 einen Bericht zur Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten mit dem Titel „Straftaten dürfen sich nicht auszahlen“. Der Bericht stellt heraus, dass die organisierte Kriminalität aktuellen Schätzungen zufolge jährlich etwa 110 Mrd. € erziele. Europol zufolge werden lediglich etwa 2 % der Erträge aus Straftaten sichergestellt und 1 % der Erträge eingezogen.

In ihrem Bericht kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die **Richtlinie über die Sicherstellung und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten** (RL 2014/42/EU) zwar zu Fortschritten geführt habe. Auch die kürzlich verabschiedete **Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen** (VO (EU) 2018/1805, welche am 19.12.2020 in Kraft treten wird) werde die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessern. Dennoch bestehe im Bereich der Vermögensabschöpfung **weiter Verbesserungsbedarf**. Die Kommission kündigte daher an, sie werde eine stärkere Harmonisierung für den Bereich der Vermögensabschöpfung prüfen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 02.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Bericht der Kommission vom 02.06.2020 zur Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten](#)

[Annex des Berichts](#)

### Bericht über Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums

Das **Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO)** veröffentlichte am 10.06.2020 einen Bericht über Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums. Fälschungen schädigen Wirtschaft und Gesellschaft, führen zu Verlusten staatlicher Einnahmen und unterstützen schwerwiegende Straftaten wie Drogenhandel und Geldwäsche, heißt es in dem Bericht.

Schätzungen zufolge **gehen den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten** aufgrund gefälschter Waren auf dem Markt und durch geringere direkte und indirekte Steuern sowie Sozialbeiträge, die von illegalen Herstellern nicht entrichtet werden, **jährlich insgesamt bis zu 15 Mrd. € verloren**. Die Untersuchungen zeigen weiter, dass 9,3 % aller nachgeahmten Waren im internationalen Handel, die vom Zoll beschlagnahmt werden, Rechte des



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU  
Nr. 10/2020 vom 12.06.2020**



geistigen Eigentums von in Deutschland ansässigen Unternehmen verletzen. Dabei stellen die Fälschungen oft auch ein Risiko für die Verbraucher dar, da sie meist für Kinder bestimmt seien (Spielzeug, Babyartikel, Kinderbekleidung).

[Pressemitteilung EUIPO vom 10.06.2020](#)

[Statusbericht EUIPO Juni 2020](#) (in englischer Sprache)

[Seite von EUIPO mit Informationen zum Statusbericht 2020 \(u. a. Zusammenfassung des Berichts, Infografiken\)](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

### FORSCHUNG

#### Informelle Videokonferenz der EU-Forschungsminister

Am 29.05.2020 fand eine informelle Videokonferenz der EU-Forschungsministerinnen und -minister statt. Im Zentrum stand eine Aussprache zu der Frage, wie **Forschung und Innovation (FuI) zur Erholung der Wirtschaft und zur Stärkung der Resilienz der Gesellschaft** nach der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Krise beitragen können und welche Lehre aus dieser gezogen werden kann. Einigkeit herrschte darüber, dass Investitionen in FuI eine Schlüsselrolle bei dem Wiederaufbau nach der Krise spielen. Hierbei sei ein **koordiniertes Handeln aller Akteure** auf allen Ebenen sowie ein **Daten- und Wissensaustausch** unverzichtbar. In diesem Zusammenhang komme dem künftigen Rahmenprogramm „**Horizont Europa**“ entscheidende Bedeutung zu.

Zum Abschluss der Sitzung stellte Deutschland seine **Prioritäten für die anstehende Ratspräsidentschaft** vor. Ein koordiniertes Krisenmanagement beim **Umgang mit der Corona-Krise** werde auch im Forschungsbereich weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Allerdings sollen auch die „regulären“ Themen entschieden vorangebracht werden, wie die Fortführung der **Verhandlungen zu „Horizont Europa“**. Daneben wird ein Fokus u. a. auf **technologische Souveränität, Digitalisierung, den Green Deal** sowie die **Fortentwicklung des Europäischen Forschungsraums** gelegt (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der kroatischen Ratspräsidentschaft](#)

[Pressemitteilung des Rates \(in englischer Sprache\)](#)

#### Ratsschlussfolgerungen „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ zum Digitalpaket der Kommission

Am 09.06.2020 hat der Rat Schlussfolgerungen zur Digitalstrategie der Kommission „**Gestaltung der digitalen Zukunft Europas**“ („**Shaping Europe’s Digital Future**“) im schriftlichen Verfahren beschlossen. Darin werden die Mitteilungen der Kommission zur Digitalstrategie, Datenstrategie und zum Weißbuch Künstliche Intelligenz (KI) begrüßt und alle Beteiligten aufgerufen, zu deren Erfolg aktiv beizutragen.

In den Schlussfolgerungen betont der Rat auch die **Bedeutung von neu entstehenden digitalen Technologien wie Supercomputing, Quantentechnologien und Cloud Computing**. Der Rat ermutigt die Mitgliedstaaten, **Forschung und Entwicklung** und den **Einsatz künstlicher Intelligenz** weiterhin zu fördern, z. B. durch digitale Innovationszentren. Darüber hinaus unterstützt der Rat Initiativen, die darauf abzielen, die Forschungs- und Innovationskapazitäten der EU im Bereich der **Cybersicherheit** zu stärken (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#)





[Ratschlussfolgerungen „Shaping Europe's Digital Future“ \(in englischer Sprache\)](#)

## COVID-19

### EU stellt 314 Mio. € für innovative Unternehmen zur Bekämpfung des Coronavirus und zur Unterstützung des Aufbaus aus Horizont 2020 bereit

Die Kommission hat am 08.06.2020 mitgeteilt, dass in der aktuellen Runde des **Accelerator-Pilotprojekts des Europäischen Innovationsrats (EIC)** insgesamt **314 Mio. € aus dem Budget von „Horizont 2020“** zur Verfügung gestellt werden, um innovative Unternehmen bei der Entwicklung bahnbrechender Ideen zur Bewältigung der Corona-Pandemie zu unterstützen. Damit erhalten **36 Unternehmen insgesamt 166 Mio. €**. **Weitere 36 Unternehmen sollen 148 Mio. €** aus dem Europäischen Aufbauplan erhalten. Die ausgewählten Unternehmen entwickeln zukunftsweisende Projekte wie etwa eine Antikörperplattform für die Behandlung schwerer Infektionsfälle (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Liste der ausgewählten Unternehmen \(in englischer Sprache\)](#)

### „EUvsVirus Matchathon“ führt zu 2235 neuen Partnerschaften zur Umsetzung innovativer Lösungen zur Bewältigung der Corona-Krise

Als Follow-Up zum Ende April durchgeführten „**EuvsVirus Hackathon**“, bei dem 117 Teams zur Entwicklung von innovativen **Lösungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie** ausgewählt wurden (EB 08/20), wurde nunmehr Ende Mai, ebenfalls unter Schirmherrschaft der EU-Forschungskommissarin *Mariya Gabriel* und des Europäischen Innovationsrates (EIC), der „**EUvsVirus Matchathon**“ durchgeführt, bei dem die Siegerlösungen mit potentiell passenden Investoren, Unternehmen, Behörden, Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammengebracht wurden. Wie am 03.06.2020 bekanntgegeben wurde, wurden dabei **2235 neue Partnerschaften** vermittelt, die nun dabei helfen sollen, die Ideen so schnell wie möglich in die Praxis umzusetzen.

[Pressemitteilung der Kommission \(in englischer Sprache\)](#)





## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

### Coronavirus: Bruttoinlandsprodukt im Euroraum sinkt 2020 deutlich

Laut korrigierter Schätzung von Eurostat vom 09.06.2020 sank das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums im ersten Quartal 2020 im Vergleich zum **Vorquartal** um 3,6 %. EU-weit ging das BIP um 3,2 % zurück. Dies seien die **stärksten Rückgänge** seit Beginn der Zeitreihe 1995. Im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres 2019 betrug der Rückgang 3,1 % (Euroraum) und 2,6 % (EU), die stärksten Rückgänge seit 2009. In den **USA** sei das BIP im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 1,3 % geschrumpft. Nach Analyse der **OECD** vom 10.06. dürfte das BIP im Euroraum 2020 bestenfalls um 9,1 % schrumpfen, schlimmstenfalls um 11,5 %. Für Deutschland rechnet die OECD mit einem Minus von 6,6 bis 8,8 %; besonders schlecht sei die Lage in Spanien, Frankreich und Italien. Die **Banco de España** prognostizierte am 08.06.2020, das spanische BIP dürfe von April - Juni 2020 zwischen 16 und 21,8 % gegenüber dem Vorquartal fallen; das wäre ein Negativrekord. Auch wenn sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte wieder beleben dürfte, sei für Spanien 2020 insgesamt ein **Rückgang von 9 bis 11,6 %** zu erwarten. Laut Frankreichs Finanz- und Wirtschaftsminister *Bruno Le Maire* am 02.06.2020 sei dort für 2020 mit einem **Einbruch des BIP um 11 %** zu rechnen. Jedoch erwarte er 2021 wieder Wachstum.

[Mitteilung von Eurostat zur Schätzung der BIP-Hauptaggregate und der Erwerbstätigkeit für das erste Quartal 2020 vom 09.06.2020](#)

[Vorläufige Version des makroökonomischen Ausblicks der OECD vom 10.06.2020 \(in englischer Sprache\)](#)

[Makroökonomische Projektionen für die spanische Wirtschaft \(2020-2022\) der Banco de España vom 08.06.2020 \(in englischer Sprache\)](#)

[Presseartikel und Radiointerview mit dem französischen Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire vom 02.06.2020 \(in französischer Sprache\)](#)

### Informeller Rat für Wirtschaft und Finanzen: Austausch zum EU-Wiederaufbauplan sowie zur Koordinierung der nationalen Fiskal- und Wirtschaftspolitiken

Am 09.06.2020 tagte per Videokonferenz ein informeller Rat für Wirtschaft und Finanzen. Die 27 nationalen Minister diskutierten erstmals den Kommissionsvorschlag eines EU-Aufbauplans vom 27.05.2020 (EB 09/20), u. a. mit Kommissionsvizepräsident *Dombrovskis*. Dieser plädierte für die **schnelle Verabschiedung**. Mehrere EU-Staaten begrüßten die Kommissionsvorlage, dagegen waren z. B. die **Niederlande und Dänemark** erneut kritisch. Zu den ungeklärten Punkten zählen besonders das **Volumen** des geplanten Wiederaufbauinstrumentes „Next Generation EU“, der Anteil von Finanzhilfen in Form von nicht rückzahlbaren **Zuschüssen oder Darlehen**, aber auch die Frage möglicher neuer Eigenmittel für den EU-Haushalt. Bundesfinanzminister *Scholz* setzte sich für ein Aufbauinstrument von **insgesamt 500 Mrd. €** ein und nicht wie von der Kommission vorgeschlagen 750 Mrd. €. Die Minister tauschten sich zudem über die **länderspezifischen Empfehlungen** zur Fiskal- und Wirtschaftspolitik vor dem Pandemiehintergrund aus. Die Minister betonten, sie sollten sich auf



**fünf Prioritätsbereiche** konzentrieren, u. a. Investitionen in die Gesundheitssysteme, Erhaltung von Arbeitsplätzen und Bewältigung der sozialen Krisenfolgen, Forschung und Entwicklung sowie Stabilität des Finanzsektors.

[Wichtigste Ergebnisse der informellen Videokonferenz auf Ministerebene „Wirtschaft und Finanzen“ vom 09.06.2020](#)

[Bemerkungen von Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis bei der ECOFIN-Presskonferenz am 09.06.2020](#) (in englischer Sprache)

## EU-HAUSHALT

### Coronavirus: Kommissionsvorschlag für Wiederaufbau für Finnland so nicht akzeptabel

Der finnische Ministerausschuss für EU-Angelegenheiten legte am 04.06.2020 die Positionen des Landes zum Kommissionsvorschlag für ein Aufbaupaket vom 27.05.2020 dar. Danach sei das vorgeschlagene Wiederaufbauinstrument für Finnland so nicht akzeptabel, es bedürfe wesentlicher Änderungen: Der relative Anteil der **Hilfe in Form von Zuschüssen** solle geringer, der Darlehensanteil also größer ausfallen. Auch der **Umfang** des Wiederaufbauinstrumentes an sich müsse kleiner sein und die Frist für seine **Rückzahlung** kürzer als die vorgeschlagenen 30 Jahre. Die langfristige Einschränkung der **Haushaltshoheit** der Mitgliedstaaten sei auf ein Minimum zu beschränken. Zudem müsse die **Laufzeit** des Wiederaufbauinstrumentes kürzer sein als die von der Kommission vorgeschlagenen vier Jahre. Man begrüße die Verknüpfung des Instruments mit dem europäischen Grünen Deal. Beim mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021-2027 seien **Schlüsselfragen** für Finnland ein insgesamt moderates Niveau, die Finanzierung der ländlichen Entwicklung und die Konditionalitäten, speziell hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit und Klimamaßnahmen. Daneben betont die finnische Regierung die **Bedeutung einer ausreichenden öffentlichen Debatte**, sowohl in Finnland, in Europa als auch im nationalen Parlament. Für legitime Entscheidungen sei eine **breite Akzeptanz durch die Bürger** nötig.

[Pressemitteilung des Büros der finnischen Ministerpräsidentin vom 04.06.2020](#) (in englischer Sprache)

### Coronavirus: Kommission schlägt für EU-Haushalt 2020 Anpassungen von 11,5 Mrd. € vor

Wie am 27.05.2020 im Rahmen ihres Entwurfs für einen Wiederaufbauplan und den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen der Jahre 2021 - 2027 (EB 09/20) in Aussicht gestellt, schlug die Kommission am 03.06. eine weitere **Berichtigung des Haushaltsplans** noch für das laufende Jahr vor, um schon 2020 rund 11,5 Mrd. € für die Krisenbewältigung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Dies ergänzt den Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen für 2020 und soll sicherstellen, dass die zusätzlichen 11,54 Mrd. € an Verpflichtungsermächtigungen für die Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (Förderprogramm „**REACT-EU**“), das neue **Solvenzhilfeeinstrument**, das auf dem bestehenden Europäischen Fonds für strategische Investitionen aufbaut, und den **Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung** so früh wie möglich in diesem Jahr



bereitstehen. Zahlungsermächtigungen sollen in Höhe von 6,54 Mrd. € bereitgestellt werden. Sobald diese Haushaltsmittel verfügbar sind, sollen sie laut Kommission den am stärksten betroffenen Regionen und Unternehmen Europas sowie Bedürftigen außerhalb der EU zu Gute kommen. Laut Haushaltskommissar *Johannes Hahn* ist es u. a. entscheidend, dass die zusätzlichen Gelder Unternehmen und Bürger so bald wie möglich erreichen.

[Webseite der Kommission zum Entwurf Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2020 vom 03.06.2020](#) (in englischer Sprache)

### EU-Solidaritätsfonds: Parlamentsausschuss genehmigt Unterstützung für Italien, Österreich, Portugal und Spanien wegen Naturkatastrophen

Am 28.05.2020 genehmigte nach den EU-Botschaftern auch der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) den Vorschlag der Kommission (EB 08/2020), aus dem EU-Solidaritätsfonds Portugal, Spanien, Italien und Österreich **279 Mio. €** als Katastrophenhilfe zur Verfügung zu stellen, mit 38 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen. Das Geld soll zur Beseitigung von Schäden dienen, die durch Überschwemmungen und Stürme verursacht wurden, die diese vier Mitgliedstaaten 2019 heimsuchten. Italien soll nach den extremen Wetterereignissen fast im ganzen Land im Herbst 2019 – u. a. der Überschwemmung von Venedig – **211,7 Mio. €** erhalten, **Spanien 56,7 Mio. €** wegen der Überschwemmungen vom September 2019 in den Regionen Valencia, Murcia, Kastilien-La Mancha und Andalusien. Für Portugal sind nach dem Hurrikan *Lorenzo* im Oktober 2019 auf den Azoren **8,2 Mio. €** vorgesehen und **2,3 Mio. €** für Österreich nach schweren Überschwemmungen im Südwesten, insbesondere in Kärnten und Osttirol, im November 2019. Die Finanzhilfe soll dazu beitragen, die **Infrastruktur** wiederaufzubauen und die **Wirtschaft** der am stärksten betroffenen Regionen, insbesondere der Regionen in äußerster Randlage, anzukurbeln.

[Bericht des Haushaltsausschusses des EP zum Vorschlag über die Unterstützung von Portugal, Spanien, Italien und Österreich vom 28.05.2020](#) (in englischer Sprache)

[Liste der Finanzhilfen aus dem EU-Solidaritätsfonds bis November 2019](#) (in englischer Sprache)

### Coronavirus: Europäischer Rechnungshof ändert Arbeitsprogramm für 2020

Am 28.05.2020 änderte der Europäische Rechnungshof (ERH) sein Arbeitsprogramm für 2020, um den Schwerpunkt seiner Prüfungsarbeit auf **COVID-19-bezogene Aspekte** zu verlagern. Die Pandemie habe die EU und ihre Mitgliedstaaten vor **nie dagewesene Herausforderungen** gestellt, die ein breites Spektrum von Politikbereichen betreffen würden. Der ERH habe sein Programm überarbeitet, damit seine Arbeit im Jahr 2020 **so weit wie möglich und flexibel** darauf reagiere. Die Prüfer hätten einige laufende Aufgaben neu definiert, Ansatz sowie Zeitplan angepasst und auch beschlossen, einige für 2020 geplante Prüfungen nicht weiterzuverfolgen. Zwei Überprüfungen mit besonderem Schwerpunkt auf die COVID-19-Krise seien neu hinzugefügt worden. Dabei geht es laut ERH um Schlüsselbereiche: die öffentliche **Gesundheit** und die **wirtschaftspolitischen Maßnahmen**. Hauptgegenstand der erstgenannten Untersuchung seien die von der



Kommission und den EU-Agenturen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen und eingesetzten Ressourcen. Die Analyse zur wirtschaftspolitischen Reaktion soll **Kosten und Governance-Regelungen** widerspiegeln. Außerdem möchte der ERH Risiken und Chancen für die Zukunft der **haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung** in der EU skizzieren.

[Geändertes Arbeitsprogramm des ERH für 2020 vom 28.05.2020](#) (in englischer Sprache).

## STEUER

### Coronavirus: Internationale Steuerreform trotz Verzögerungen laut OECD 2020 noch möglich

Am 02.06.2020 zeigte sich der Unterabteilungsleiter für internationales Steuerrecht des Bundesfinanzministeriums und Vorsitzende des OECD-Finanzausschusses *Martin Kreienbaum* optimistisch zu den Aussichten eines internationalen Abkommens zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft: Er hoffe im Hinblick auf einen **Vorschlag an die G20** auf einen wichtigen Schritt nach vorne noch in diesem Jahr. Die Krise habe zwar die Möglichkeit physischer Treffen beeinträchtigt, aber es gebe technische Fortschritte. Die Ministertagung aller Länder des sog. Inclusive Framework müsse jedoch auf **Oktober** verschoben werden. Der Leiter der OECD-Abteilung Steuerpolitik und Statistik *David Bradbury* versicherte, Ziel sei nach wie vor eine **Konsenslösung bis Jahresende**; auch Folgenabschätzungen würden weiter diskutiert. Auch die aktuelle Ankündigung der Eröffnung neuer **US-Untersuchungen zur Besteuerung digitaler Dienstleistungen** in einem Dutzend Länder und der EU dürfte eine Einigung auf OECD-Ebene dringlicher machen. Anlass der Mitteilung der USA an die Kommission war wohl, dass sie bei Vorlage ihres Wiederaufbauplans u. a. eine Digitalsteuer als mögliches neues EU-Eigenmittel zur Teilfinanzierung vorgeschlagen hatte (EB 09/20). Zu den EU-Staaten mit einer nationalen Steuer auf digitale Dienste zählen **Österreich und Italien**.

[Meldung "Prospect of new US trade sanctions puts pressure on OECD to reach an agreement on digital taxation" von Agence Europe vom 04.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Meldung "Agreement in 2020 on international tax reform is still possible, according to OECD officials" von Agence Europe vom 03.06.2020](#) (in englischer Sprache)

### Rat billigt Schlussfolgerungen zur künftigen Verwaltungszusammenarbeit und Tabaksteuer

Am 02.06.2020 billigte der Rat Schlussfolgerungen mit **politischen Leitlinien** für Reformen in zwei Bereichen der EU-Steuerpolitik. Zu beiden beauftragte er die Kommission, Vorschläge vorzulegen, um seinen Anliegen Rechnung zu tragen. Es geht dabei um die künftige Entwicklung der Zusammenarbeit der nationalen Verwaltungsbehörden und um die Struktur sowie Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren. Zu ersterem betont der Rat u. a., dass die Bemühungen um eine Verbesserung der Zusammenarbeit zur **Bekämpfung von Steuerbetrug und -hinterziehung** im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Erholung von der Krise infolge der Coronavirus-Pandemie besonders bedeutend seien. Die Verwaltungszusammenarbeit erleichtere den nationalen Behörden die Steuererhebung und die Sicherung von Steuereinnahmen. Zudem betont der Rat, die



Steuerbehörden bräuchten umfassende, hochwertige Informationen, auch um die **Belastung der Steuerzahler** durch die Einhaltung von Vorschriften zu verringern und die Herausforderungen aus neuen Geschäftsmodellen sowie der digitalen **Plattformwirtschaft** zu bewältigen. Zur Tabaksteuer hebt der Rat besonders hervor, dass die geltenden Vorschriften weniger wirksam geworden seien: Sie würden aktuellen und künftigen Herausforderungen bestimmter Produkte, wie z. B. **Flüssigkeiten für E-Zigaretten**, nicht gerecht.

[Ratschlussfolgerungen zur Verwaltungszusammenarbeit vom 02.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Ratschlussfolgerungen zur Tabaksteuer vom 02.06.2020](#) (in englischer Sprache)

### EU-Botschafter billigen Berichte zu Steuerfortschritten während des kroatischen Ratsvorsitzes

Die Botschafter der Mitgliedstaaten billigten am 10.06.2020 den **Bericht des Rates für Wirtschaft und Finanzen** (ECOFIN) an den Europäischen Rat, also die Staats- und Regierungschefs, zu Steuerfragen sowie den **Bericht der Gruppe „Verhaltenskodex“** des Rates im Bereich Unternehmensbesteuerung, der beiden einen Überblick über die jeweils während des aktuellen kroatischen Ratsvorsitzes erzielten Fortschritte geben. Laut ECOFIN-Bericht wurde trotz der pandemiebedingten Beeinträchtigungen die Arbeit an einer Reihe von **Schlüsseldossiers** fortgesetzt: z. B. Besteuerung der **digitalen Wirtschaft**, Vorschriften zur obligatorischen Übermittlung und zum obligatorischen Austausch von mehrwertsteuerrelevanten Zahlungsinformationen, Vereinfachung der **Mehrwertsteuervorschriften für kleine Unternehmen**, Zukunft der Mehrwertsteuersätze, Struktur der Verbrauchsteuern auf Alkohol sowie Aktualisierung der **EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete** für Steuerzwecke. Der zweite Bericht zeigt, dass auch die Gruppe „Verhaltenskodex“ von der Pandemie betroffen war: Die kurzfristigen Prioritäten beschränkten sich darauf, die Pandemiefolgen für die künftige Arbeit zu untersuchen und den Bericht vorzubereiten. Alles andere sei auf (frühestens) Juli verschoben. Die für Oktober geplante Aktualisierung der EU-Liste nicht kooperativer Steuergebiete soll beibehalten werden.

[Bericht des Rates \(Wirtschaft und Finanzen\) an den Europäischen Rat zu Steuerfragen vom 05.06.2020](#)

[Bericht der Gruppe „Verhaltenskodex“ \(Unternehmensbesteuerung\) an den Rat vom 05.06.2020](#) (in englischer Sprache)

### Coronavirus: Kommission genehmigt Mehrwertsteuerstundung Zyperns von 33 Mio. €

Laut ihrer Mitteilung vom 10.06.2020 genehmigt die Kommission eine mit 33 Mio. € ausgestattete zyprische **Beihilferegulung**, nach der Mehrwertsteuerzahlungen gestundet werden, um die Liquiditätsengpässe der vom Coronavirus-Ausbruch betroffenen Unternehmen zu verringern. Nach der zyprischen Unterstützungsmaßnahme können Unternehmen, die wegen des Coronavirus-Ausbruchs Probleme haben, die Zahlung der **zum 10.04.2020, 10.05.2020 und 10.06.2020** fälligen Mehrwertsteuer aufschieben. Es werden weder Zinsen noch Sanktionen gegen Unternehmen verhängt, die die Mehrwertsteuer **stattdessen zum 10.11.2020** entrichten. Die Regelung steht **Unternehmen aller Größen und Wirtschaftszweige** offen – mit Ausnahme der Wirtschaftszweige, die ihre Tätigkeit während der Ausgangsbeschränkungen in Zypern fortgesetzt haben. Die Genehmigung der Kommission erfolgte auf der **Basis des Befristeten**





**Gemeinschaftsrahmens** für staatliche Beihilfen vom 19.03.2020: Denn insbesondere werde die Unterstützung vor 31.12.2020 gewährt, und der Zahlungsaufschub ende am 10.11.2020, also vor dem im Befristeten Gemeinschaftsrahmen festgesetzten Enddatum. Sobald alle Datenschutzfragen geklärt sind, wird die nichtvertrauliche Fassung des Kommissionsbeschlusses über das Beihilfenregister auf der Webseite der Generaldirektion Wettbewerb zugänglich gemacht.

[Pressemitteilung der Kommission zur Mehrwertsteuerstundung Zyperns vom 10.06.2020](#)

[Webseite der Generaldirektion Wettbewerb der Kommission](#) (in englischer Sprache).

[Informationen der Kommission u. a. zum Befristeten Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen](#) (in englischer Sprache)

### **Appell italienischer und deutscher Persönlichkeiten: Corona-Wiederaufbau durch Eindämmung von Steuerdumping und Geldwäsche finanzieren**

Am 08.06.2020 forderten 65 italienische und deutsche Persönlichkeiten, u. a. MdEP *Sven Giegold* (Grüne, DEU) und Prof. *Peter Bofinger* von der Universität Würzburg, von den Mitgliedstaaten und EU-Institutionen eine umfassende **Nulltoleranz-Politik** gegenüber Geldwäsche, Steuerbetrug und -dumping zur Finanzierung des Corona-Wiederaufbauprogramms. Denn die Erholung der Volkswirtschaften erfordere eine noch nie dagewesene Menge an öffentlichen Geldern; gleichzeitig würden die **Steuereinnahmen** der Staaten aufgrund der Wirtschaftskrise dramatisch zurückgehen. Zu den Vorschlägen zählen ein gemeinsamer effektiver **Mindeststeuersatz auf Unternehmenseinkommen**, ein gemeinsamer Ansatz für die **digitale Besteuerung**, die Verabschiedung der **Mehrwertsteuerreformen**, eine europäische Antwort auf **Dividendenarbitrage**, der Schutz der progressiven Besteuerung von **Einkommen** vor Sonderregelungen (Stichwort „goldene Visa“), und eine effektive europäische **Geldwäsche-Aufsichts- und Regulierungsbehörde** sowie **Finanzpolizei**. In der Vergangenheit habe ein Mangel an europäischer Einheit die Fortschritte einer gemeinsamen Steuerpolitik und eines entschlossenen Kampfes gegen Finanzkriminalität begrenzt.

[Appell an die Regierungen aller EU-Mitgliedstaaten und an die EU-Institutionen vom 08.06.2020](#)

## **WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION**

### **Mário Centeno gibt Präsidentschaft der Euro-Gruppe zum 13.07.2020 ab**

Am 09.06.2020 kündigte *Mário Centeno*, derzeit Portugals Finanzminister und Präsident der Euro-Gruppe, an, dass er am 15.06.2020 von seinem nationalen Ministerposten zurücktreten werde, den er seit 2015 innehat. Daher werde er auch **kein zweites Mandat** als Präsident der Euro-Gruppe anstreben und seine Amtszeit damit am 13.07.2020 enden. Gründe für seine Entscheidung nannte *Centeno* nicht. Angeblich habe er ein schwieriges Verhältnis zum portugiesischen Premierminister *António Costa*, so Medienberichte. In seinem Ministeramt soll ihm der derzeitige Haushaltsstaatssekretär *João Leão* nachfolgen. Die Wahl des Nachfolgers von *Mário Centeno* als Präsident der Euro-Gruppe soll am **09.07.2020** stattfinden, die Kandidaten stehen noch nicht fest.



Bundesfinanzminister *Olaf Scholz* bedankte sich ausdrücklich für *Centenos* Arbeit und hob die Verhandlungen der Euro-Gruppe im April für das **Hilfspaket über Pandemie-Kredite in Höhe von 540 Mrd. €** hervor. Auch habe es während *Centenos* Amtszeit wichtige Fortschritte beim **Europäischen Stabilitätsmechanismus** und bei der **Kapitalmarktunion** gegeben. *Centeno* hatte im Januar 2018 den Niederländer *Jeroen Dijsselbloem* als Präsident der Euro-Gruppe abgelöst.

[Twitter-Beitrag von Mário Centeno vom 09.06.2020](#) (in englischer Sprache)

### Europäische Zentralbank vergrößert Pandemie-Notkaufprogramm auf 1,35 Bio. €

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 04.06.2020 die erhebliche Ausweitung des Notkaufprogramms „PEPP“ (Pandemic Emergency Purchase Programme) für Staats- und Unternehmensanleihen um 600 Mrd. € auf 1,35 Bio. €. PEPP soll nun **mindestens bis Ende Juni 2021** laufen und in jedem Fall so lange, bis der EZB-Rat die Corona-Krisenphase für beendet hält. Die Käufe sollen hinsichtlich Zeitablaufs, Anleiheart und Emittenten weiter **flexibel** durchgeführt werden. Fällige Tilgungen aus den im Rahmen des PEPP gekauften Wertpapieren sollen bis mindestens Ende 2022 **reinvestiert** werden. Unverändert ließ der EZB-Rat u. a. die Leitzinsen, z. B. den Zinssatz für Einlagen von Banken bei -0,5 %, und die Nettoankäufe des Asset-Purchase-Programms von monatlich 20 Mrd. €. EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* begründete die PEPP-Ausweitung mit dem unvergleichlichen Einbruch der Wirtschaft im Euroraum und verwies vor allem auf den markanten **Rückgang im zweiten Quartal**. Der wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, *Markus Ferber* (DEU), kritisierte, dass die EZB genau das Programm mit den geringsten Leitplanken ausweite; dies sei mehr als unglücklich. Damit bewege sich die EZB auch immer **weiter von den EuGH-Vorgaben** weg. Bisher wurden im Rahmen von PEPP laut DZ Bank Wertpapiere über 200 Mrd. € angekauft.

[Pressemitteilung der Europäischen Zentralbank vom 04.06.2020](#)

[Einleitende Bemerkungen von Christine Lagarde und EZB-Vizepräsident Luis de Guindos zur EZB-Presskonferenz vom 04.06.2020 \(in englischer Sprache\)](#)

### Währungspolitischer Dialog des Europäischen Parlaments mit der Europäischen Zentralbank

Am 08.06.2020 tagte der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments (EP). Erstmals seit Pandemieausbruch und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 05.05.2020 (EB 08/20) tauschte der ECON sich mit *Christine Lagarde*, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) aus. *Lagarde* verteidigte die **Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit** des Pandemie-Notkaufprogramms. Mehrere MdEPs unterstützten die EZB-Entscheidungen, es im März einzurichten und nun noch zu verstärken, da es wesentlich für die EU-Volkswirtschaften sei. Dagegen meinten andere, die EZB habe **zu früh zu viel** getan. Sie warnten u. a. vor den Risiken, nationalen **Regierungen** die Möglichkeit zu geben, fiskalische Stimuli zu vermeiden, multinationalen **Konzernen** und ökologisch „schmutzigen“ Unternehmen billiges Geld zur Verfügung zu stellen und weiter **Kreditgeber und Sparer** zu bestrafen, indem die Zinssätze sehr niedrig



gehalten würden. Verschiedene MdEPs fragten nach den Folgen der „beispiellosen“ BVerfG-Entscheidung, das **EuGH-Urteil** über das 2015 gestartete EZB-Ankaufprogramm abzulehnen (EB 08/20). *Lagarde* zeigte sich überzeugt, dass **zwischen dem BVerfG und den deutschen Behörden**, an die sein Urteil gerichtet sei, eine gute Lösung gefunden werde. Ferner ging es um den Brexit, die EZB-Rolle bei der Ökologisierung der Wirtschaft und Griechenland.

[Pressemitteilung des EP zum währungspolitischen Dialog mit \*Christine Lagarde\* vom 08.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Videoaufzeichnung der ECON-Sitzung vom 08.06.2020](#)

[EP-Briefing für den währungspolitischen Dialog mit \*Christine Lagarde\* am 08.06.2020](#) (in englischer Sprache)

### **Jahresbericht der Europäischen Zentralbank: Internationale Euro-Nutzung weitgehend stabil**

Am 09.06.2020 veröffentlichte die Europäische Zentralbank (EZB) ihren jüngsten Jahresbericht zur internationalen Rolle des Euro. Danach war seine internationale **Verwendung 2019 insgesamt stabil**. Der Euro bleibe seit Einführung vor 20 Jahren nach dem US-Dollar unangefochten die **weltweit am zweithäufigsten** verwendete Währung und habe eine stabile Rolle als globale Reservewährung. Seine internationale Rolle habe zwar **nach der globalen Finanzkrise abgenommen**, mit dem Tiefpunkt 2016. Die Talsohle sei aber durchschritten. Weltweit als Hauptwährung werde der Euro für die **Emission grüner Anleihen** genutzt. Bereinigt um Wechselkurseffekte war nach dem Bericht der Anteil des Euro **an den ausstehenden internationalen Krediten** Ende 2019 mit 15,4 % um einen Prozentpunkt höher als Ende 2018. Dagegen sei sein Anteil bei **Schuldverschreibungen** zurückgegangen. Der Euro-Anteil an den weltweiten **Devisenreserven** und den ausstehenden internationalen Einlagen blieb laut EZB weitgehend stabil – ebenso wie als **Fakturierungswährung** für Gütertransaktionen außerhalb des Euroraums und der Bestand der außerhalb des Euroraums umlaufenden **Euro-Banknoten**. Unterstützt wird die internationale Rolle des Euro laut EZB in erster Linie durch eine **tieferen und vollständigeren Wirtschafts- und Währungsunion**, einschließlich Förderung der Kapitalmarktunion.

[EZB-Jahresbericht zur internationalen Rolle des Euro vom 09.06.2020](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission und Europäische Zentralbank berichten zu Fortschritten bei Euro-Einführung**

Am 10.06.2020 veröffentlichten sowohl die Kommission als auch die Europäische Zentralbank (EZB) jeweils ihren jüngsten, zweijährlichen **Konvergenzbericht** zu den Fortschritten der sieben EU-Mitgliedstaaten auf dem Weg zum Beitritt zum Euro-Währungsgebiet. Die Kommission kommt zu folgenden Ergebnissen: Kroatien und Schweden erfüllen das Kriterium der **Preisstabilität**. Bulgarien, Tschechien, Kroatien, Ungarn, Polen und Schweden erfüllen das Kriterium **solider öffentlicher Finanzen**. Bulgarien, Tschechien, Kroatien, Ungarn, Polen und Schweden erfüllen das Kriterium für die **langfristigen Zinssätze**. Keiner der Mitgliedstaaten erfülle das **Wechselkurskriterium**, da keiner Mitglied des Wechselkursmechanismus (WKM II) sei. Vor einem Euro-Beitritt muss sich jeder Mitgliedstaat mindestens zwei Jahre am WKM II beteiligen, ohne dass in dieser Zeit





größere Spannungen auftreten. Laut **EZB** entspricht in keinem der Länder der Rechtsrahmen bereits in vollem Umfang den Anforderungen für eine Euro-Einführung. In Anbetracht der robusten Wirtschaftsleistung vor der Pandemie hätten die meisten Länder aber **Fortschritte beim Abbau von Haushaltsungleichgewichten** erzielt, und die von Bulgarien und Kroatien abgegebenen Verpflichtungserklärungen seien wichtige Schritte **in Richtung einer baldigen Teilnahme** am WKM II.

[Konvergenzbericht der Kommission vom 10.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[EZB-Konvergenzbericht vom 10.06.2020](#) (in englischer Sprache)

## FINANZMARKT

### Coronavirus: Europäische Zentralbank und Rumänische Nationalbank richten Repo-Linie über 4,5 Mrd. € zur Bereitstellung von Euro-Liquidität ein

Die Europäische Zentralbank (EZB) gab am 05.06.2020 bekannt, sie habe mit der Banca Națională a României (Rumänische Nationalbank) die Einrichtung einer sog. Repo-Linie vereinbart. Im Rahmen einer Repo-Linie stellt die EZB einer Zentralbank **Euro-Liquidität** im Austausch gegen hochwertige, auf Euro lautende Sicherheiten zur Verfügung. So soll die Rumänische Nationalbank Euro-Liquidität erhalten können, um möglichen Bedarf bei **Marktstörungen wegen des Coronavirus-Schocks** zu decken. Die Rumänische Nationalbank kann sich **bis zu 4,5 Mrd. €** von der EZB leihen, jeweils mit einer Laufzeit von maximal drei Monaten. Die Repo-Linie bleibt **bis mindestens 31.12.2020** bestehen und kann bei Bedarf verlängert werden.

[Pressemitteilung der EZB vom 05.06.2020](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

#### Coronavirus: Einigung zum Bankenpaket zur Erleichterung der Kreditvergabe

Der **Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV)** stimmte am 10.06.2020 und der **Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)** des Europäischen Parlaments (EP) am 09.06.2020 dem von der Kommission am 28.04.2020 vorgelegten **Bankenpaket** (EB 08/20) zu. Dadurch soll es nationalen Banken erleichtert werden, **Kredite an private Haushalte und Unternehmen** zu vergeben. Hierfür sollen **vorübergehende Änderungen an der Eigenkapitalverordnung** vorgenommen werden, z. B. die Verschiebung der Anwendung der neuen Rechnungslegungsstandards IFRS9 und des Puffers bei der Verschuldensquote für systemrelevante Institute. Die formelle Zustimmung des EP wird für das **Plenum am 19.06.2020** erwartet. Auch der AStV muss die Einigung noch einmal formell bestätigen.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

#### Coronavirus: EU stellt 314 Mio. € für innovative Unternehmen zur Bekämpfung des Virus und zur Unterstützung des Aufbaus bereit

Die Kommission hat am 08.06.2020 bekanntgegeben, dass über das Accelerator-Pilotprojekt des **Europäischen Innovationsrats (EIC)** 36 Unternehmen Förderungen in Höhe von rund **166 Mio. € zur Bekämpfung der Pandemie** erhalten haben. Weitere 36 Unternehmen sollen über **148 Mio. € als Beitrag zum Europäischen Aufbauplan** erhalten. Das Gesamtvolumen der Förderungen aus dem europäischen Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont 2020“ beläuft sich damit in dieser Runde auf 314 Mio. € (siehe hierzu Beitrag des StMWK in diesem EB).

Zur Bekämpfung des Coronavirus hatte die Kommission weitere 150 Mio. € für diese Finanzierungsrunde bereitgestellt (EB 08/20).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

#### Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas an

Der Rat hat am 09.06.2020 Schlussfolgerungen zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas angenommen. Diese beziehen sich auf eine große Bandbreite der Umsetzung der von der Kommission am 19.02.2020 vorgelegten EU-Digitalstrategie (EB 04/20) und befassen sich u. a. mit Themen wie Datenwirtschaft, Künstliche Intelligenz, 5G-Technologien, dem geplanten Rechtsakt für digitale Dienste und Blockchain. Zudem wird auch auf die Rolle des digitalen Wandels bei der Erholung von der Corona-Krise eingegangen (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#)



## [Angenommener Text](#)

### **Informelle Videokonferenz der Forschungsminister**

Die **EU-Forschungsminister** tauschten sich am 29.05.2020 im Rahmen einer Videokonferenz über die **Bedeutung von Wissenschaft und Innovation zur Stabilisierung der Widerstandsfähigkeit in Krisen** aus. Sie betonten hierbei die Notwendigkeit einer verstärkten **Koordinierung der Forschungsaktivitäten** sowie des **Daten- und Wissensaustauschs**. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollten bei der Bekämpfung der aktuellen Wirtschaftskrise besser genutzt werden. Auch die Bedeutung der Notwendigkeit einer **technologischen und strategischen Souveränität** wurde hervorgehoben. Für die kommende **deutsche Ratspräsidentschaft** liegen die Prioritäten im Bereich Forschung und Innovation vor allem auf der **Fortführung des koordinierten Krisenmanagements** in der gesamten EU und in der Erzielung von Fortschritten bei den mittel- und langfristigen Zielen der EU wie u. a. **digitale Transformation** und **Green Deal** (siehe hierzu Beitrag des StMWK in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

### **EuGH: Haftpflichtversicherungsschutz bei Brustimplantaten kann auf Frauen beschränkt werden, die in Frankreich operiert wurden**

Ein inzwischen insolventes französisches Unternehmen hat innerhalb der EU fehlerhafte Brustimplantate vertrieben. Eine Patientin, der diese im Jahr 2006 in Deutschland eingesetzt wurden, klagte gegen eine französische Versicherungsgesellschaft, die das Unternehmen mit einer in Frankreich obligatorischen Haftpflichtversicherung versicherte, auf Schadensersatz. Der Versicherungsvertrag enthält eine Gebietsklausel, welche den Schutz auf in Frankreich begründete Schäden beschränkt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied, dass **eine Klausel, durch die der Haftpflichtversicherungsschutz territorial beschränkt wird, nicht gegen das Unionsrecht verstoße**. Der Sachverhalt falle nicht in den Anwendungsbereich des Art. 18 Abs. 1 AEUV, so dass die Anwendung dieser Bestimmung auf die vorliegende Rechtssache ausgeschlossen sei (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Volltext des Urteils zur Rechtssache C-581/18](#)

### **EuGH: Pharmaunternehmen dürfen keine Gratismuster verschreibungspflichtiger Arzneimittel an Apotheker abgeben**

Das Pharmaunternehmen Novartis beantragte vor den deutschen Gerichten, dem Generikahersteller ratiopharm die Abgabe von Gratismustern eines Arzneimittels, das denselben Wirkstoff enthält wie ein Arzneimittel von Novartis, zu untersagen. Gemäß Novartis verstoße eine solche Abgabe gegen das deutsche



Arzneimittelgesetz. Eine Abgabe sei nur an Ärzte erlaubt, bei Apothekern handele es sich hingegen um eine unzulässige Abgabe von Werbeabgaben. Der angerufene Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied in diesem Zusammenhang am 11.06.2020, dass der **Gemeinschaftskodex für Humanarzneimittel es pharmazeutischen Unternehmen nicht erlaube, Gratismuster verschreibungspflichtiger Arzneimittel an Apotheker abzugeben**, er verbiete jedoch keine Abgabe an Ärzte (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Volltext des Urteils in der Rechtssache C-786/18](#)

### **Beteiligung an einem Kartell zur Verzögerung des Inverkehrbringens von Generika: Schlussanträge der Generalanwältin**

Die Generalanwältin *Kokott* kam in ihren **Schlussanträgen** am 04.06.2020 vor dem EuGH zu der Auffassung, dass die gegen den **Pharmakonzern Lundbeck** verhängte Geldbuße im Rahmen des **Kartells, mit dem die Vermarktung von Generika verzögert werden sollte**, rechtmäßig war (Rechtssache C-591/16 P).

Die Kommission hatte gegen den dänischen Pharmakonzern Lundbeck durch Beschluss eine Geldbuße in Höhe von fast 94 Mio. € verhängt, da Lundbeck als Inhaber von Patenten zum Schutz seines Antidepressivums Citalopram im Jahr 2002 an vier Generikahersteller Zahlungen leistete, damit diese im Gegenzug von einem Markteintritt absahen.

Die Kommission wendete zum ersten Mal das **europäische Kartellverbot auf Vereinbarungen zur gütlichen Beilegung von Patentrechtsstreitigkeiten** zwischen einem **Pharmaunternehmen**, das Inhaber von Patenten ist, und **Generikaherstellern**, an.

Die Schlussanträge der Generalanwältin sind für den **EuGH nicht bindend**, er kann in seinem Urteil davon abweichen.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Schlussanträge der Generalanwältin](#)

### **Kapitalmarktunion: High Level Forum veröffentlicht Abschlussbericht**

Das **High Level Forum zur Kapitalmarktunion** (EB 18/19) hat am 10.06.2020 seinen **Abschlussbericht zur Vollendung der Kapitalmarktunion** vorgelegt. Hierin werden die Fortschritte seit der Einführung des Aktionsplans der Kapitalmarktunion im Jahr 2015 (EB 17/15) dargestellt. Der Bericht befasst sich mit den Auswirkungen der bisher getroffenen Maßnahmen und den verbleibenden Hindernissen bei der Vollendung der Kapitalmarktunion. Die Vollendung der Kapitalmarktunion sei nun besonders dringlich geworden, um die **Erholung der Wirtschaft von der Coronakrise** zu beschleunigen. Sie sei notwendig für die Mobilisierung dringend benötigter Langzeitinvestitionen in neue Technologien und Infrastruktur. Der Bericht schlägt 17 Maßnahmen der EU zur Beseitigung der größten Hindernisse vor.



[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

### Veröffentlichung des Digital Economy and Society Index 2020

Am 11.06.2020 hat die Kommission die Ergebnisse der Ausgabe 2020 des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (Digital Economy and Society Index – DESI) veröffentlicht. Der DESI-Index stellt die Leistungen der EU-Mitgliedstaaten in unterschiedlichsten Bereich der Digitalisierung dar. In allen angemessenen Schlüsselementen wurden Fortschritte erzielt. Deutschland liegt an zwölfter Stelle und sticht positiv heraus als eines der Länder, in denen die 5G-Bereitschaft am weitesten fortgeschritten ist. In Bezug auf den Aufbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität und im Bereich der digitalen öffentlichen Dienste liegt Deutschland zurück (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### Konsultation zum Legislativpaket zu digitalen Diensten

Die Kommission konsultiert seit 02.06.2020 zum für das 4. Quartal geplanten **Rechtsakt über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA)** (siehe hierzu Beiträge des StMD und StMJ in diesem EB). Gegenstand der Konsultation zum DSA sind die beiden von der Kommission angekündigten Säulen. Die erste Säule bezieht sich auf die Grundlagen der **E-Commerce-Richtlinie**, insbesondere auf die Freiheit, digitale Dienste im gesamten EU-Binnenmarkt anzubieten sowie um weitreichende Haftungsbeschränkungen. Die zweite Säule bezieht sich auf die Frage der **Wettbewerbsbedingungen** auf den europäischen digitalen Märkten, bei denen derzeit Ungleichheiten insbesondere zwischen großen und kleinen Online-Anbietern herrschen, da einige wenige große Online-Plattformen als „Torwächter“ agieren.

Parallel dazu hat die Kommission eine Konsultation für ein mögliches neues Wettbewerbsinstrument eingeleitet (siehe hierzu weiteren Beitrag in diesem EB).

Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Fahrplänen besteht bis 30.06.2020, zu den Konsultationen bis 08.09.2020.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Initiative „deepening the Internal Market and clarifying responsibilities for digital services“](#)

[Zur Initiative „ex ante regulatory instrument of very large online platforms acting as gatekeepers“](#) (teils in englischer Sprache)

### Konsultation für ein mögliches neues Wettbewerbsinstrument

Die Kommission hat am 02.06.2020 eine öffentliche **Konsultation für ein mögliches neues Wettbewerbsinstrument** eingeleitet, parallel zur Konsultation für einen Rechtsakt über digitale Dienste (siehe hierzu weiteren Beitrag in diesem EB). Die Konsultation zielt darauf ab, strukturelle Wettbewerbsprobleme rechtzeitig und wirksam anzugehen. Hierdurch sollen Lücken der derzeitigen Wettbewerbsregeln geschlossen



werden und die Kommission soll durch das neue Instrument die Möglichkeit erhalten, verhaltensbezogene und gegebenenfalls strukturelle Abhilfemaßnahmen zu schaffen. Die Feststellung von Zuwiderhandlungen und die Verhängung von Geldbußen gegen Marktteilnehmer sollen jedoch nicht möglich sein.

[Pressemitteilung der Kommission zur Konsultation zum Wettbewerbsinstrument](#)  
[Zur Initiative zum Wettbewerbsinstrument](#)

### **Kommission legt Fahrplan für EU-Arzneimittelstrategie vor**

Die Kommission hat am 02.06.2020 einen **Fahrplan für die geplante Arzneimittelstrategie** vorgelegt. Ziel ist die Verbesserung und Beschleunigung des Zugangs von Patienten zu sicheren und erschwinglichen Arzneimitteln und die Unterstützung von Innovationen in der pharmazeutischen Industrie der EU (siehe hierzu Beitrag des StMGP in diesem EB).

Gelegenheit zur Stellungnahme zum Fahrplan besteht bis 07.07.2020.

[Zur Initiative](#)

### **Konsultation zur Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor**

Die Kommission gibt Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorschlag für eine Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor zur Förderung grüner Investitionen in der EU, die die 3. Säule des Mechanismus für einen gerechten Übergang bildet.

Der Mechanismus für einen gerechten Übergang ist Teil des Investitionsplans für ein nachhaltiges Europa und steht im Zusammenhang mit dem Europäischen Green Deal und wurde im Januar 2020 veröffentlicht (EB 01/20).

Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 29.07.2020.

[Pressemitteilung der Kommission](#)  
[Zur Initiative und zum Verordnungsvorschlag](#)

### **Konsultation zu delegiertem Rechtsakt für zentrale Gegenparteien**

Die Kommission hat am 11.06.2020 eine Konsultation zu einer delegierten Verordnung für zentrale Gegenparteien (Clearingstellen) außerhalb der EU eingeleitet. Demnach können nicht-europäische zentrale Gegenparteien, die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde bitten, zu beurteilen, ob die Einhaltung ihrer eigenen nationalen Vorschriften der Einhaltung der EU-Anforderungen gleichkommt. Zentrale Gegenparteien treten bei einem Vertrag als unmittelbarer Vertragspartner zwischen Käufer und Verkäufer auf.

[Zur Initiative](#)



### Konsultationen zum Emissionshandelssystem

Die Kommission hat am 29.05.2020 zwei Konsultationen zum Emissionshandelssystem veröffentlicht. Zum einen geht es um die Aktualisierung der Überwachungs- und Berichterstattungsvorschriften, zum anderen um die Aktualisierung der Vorschriften für die Akkreditierung und die Prüfung, jeweils vor Beginn des nächsten Handelszeitraums des EU-Emissionshandelssystems (Phase 4).

Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 24.07.2020.

[Zur Konsultation Akkreditierung und Prüfung](#)

[Zur Konsultation Überwachungs- und Berichterstattungsvorschriften](#)

### Sustainable Finance: Konsultationen zu sozialen und ökologischen Aspekten in der Kundenberatung

Die Kommission konsultiert seit 08.06.2020 zu einer Reihe delegierter Richtlinien im Bereich Sustainable Finance. Es geht hierbei um die **Verpflichtungen, soziale und ökologische Aspekte in die Kundenberatung** einzubeziehen. Diese betreffen die Beratungen durch Investmentfonds, Versicherer und Versicherungsvermittler, (Rück)Versicherer, Wertpapierfirmen und alternative Investmentfonds.

Gelegenheiten zur Stellungnahme besteht jeweils bis **06.07.2020**.

[Investmentfonds 1](#)

[Investmentfonds 2](#)

[Versicherer und Versicherungsvermittler](#)

[\(Rück\)Versicherer](#)

[Wertpapierfirmen](#)

[Alternative Investmentfonds](#)

### Kommission genehmigt Übernahme der Bayer-Tiergesundheitspartei durch Elanco unter Auflagen

Die Kommission hat am 08.06.2020 die Übernahme der Tiergesundheitspartei der Bayer AG durch das US-Unternehmen Elanco Animal Health unter Auflagen genehmigt. Aus Sicht der Kommission waren die Auflagen erforderlich, da der Zusammenschluss zur Gründung des zweitgrößten Tiergesundheitsunternehmens weltweit führen würde. Beide Unternehmen entwickeln und vertreiben weltweit Arzneimittel für Haus- und Nutztiere.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache M.9554](#) (in englischer Sprache)

### Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Tank&Rast durch Allianz und OMERS

Die Kommission hat am 29.05.2020 die Übernahme der gemeinsamen Kontrolle über die deutsche Autobahn Tank&Rast GmbH & Co KG durch die deutsche Allianz SE und die kanadische OMERS Administration Corporation genehmigt. Tank&Rast steht derzeit unter der alleinigen Kontrolle der Allianz.





[Daily News der Kommission vom 02.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Wettbewerbssache M.9801](#) (in englischer Sprache)

## ENERGIE

### EuG erklärt Klagen der Nord Stream AG und der Nord Stream 2 AG für unzulässig

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat am 20.05.2020 in seinem Urteil die Klagen der Nord Stream AG und der Nord Stream 2 AG gegen die Richtlinie 2019/692 für unzulässig erklärt. Durch diese Richtlinie werden bestimmte Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt auf Gasfernleitungen aus Drittländern erstreckt. Nach Auffassung des Gerichts seien die Kläger, die Betreiber der Gasfernleitungen Nord Stream 1 und 2 sind, jedenfalls nicht unmittelbar von der Richtlinie betroffen, sondern erst von den nationalen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Richtlinie.

[Pressemitteilung des EuG](#)

[Volltext des Beschlusses T-562/19](#) (in englischer Sprache)

[Volltext des Beschlusses T-530/19](#) (in englischer Sprache)

### Konsultation zur Festsetzung der Gebühren an die ACER zur Datenverarbeitung

Die Kommission hat am 08.06.2020 eine Konsultation zur Festsetzung der an die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) zu entrichtenden Gebühren für die Erhebung, Verwaltung, Verarbeitung und Analyse der gemäß Artikel 8 der REMIT-Verordnung (Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts) gemeldeten Daten, eingeleitet.

Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 31.08.2020.

[Zur Konsultation](#)

## AUßENWIRTSCHAFT

### Coronavirus: EU-Handelsminister tauschen sich über Handelspolitik aus

Die **EU-Handelsminister** tauschten sich im Rahmen einer Videokonferenz am 09.06.2020 u. a. über die **durch die Pandemie verursachten Störungen des multilateralen Handelssystem** aus. Es wird erwartet, dass die Kommission bis Ende des Jahres eine **Überprüfung der Handelspolitik** der EU vornimmt, um sicherzustellen, dass die Handelspolitik zur Erholung nach der Krise beiträgt. Die Minister betonten dabei die Notwendigkeit, die Lieferketten der EU zu diversifizieren und zu festigen.

Zudem wurde die Wichtigkeit der **Welthandelsorganisation (WTO)** als relevantes Instrument für die Welt nach der Krise hervorgehoben. Dabei diskutierten sie auch eine mögliche Initiative zur **Erleichterung des Handels mit Gesundheitsprodukten**. Das **Auswahlverfahren für einen neuen WTO-Generaldirektor** war ebenfalls Thema, nachdem der derzeitige Generaldirektor *Roberto Azevedo* plant, zum 31.08.2020 zurückzutreten.





[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

### Konsultation zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen

Die Kommission hat am 03.06.2020 eine öffentliche Konsultation zur Aktualisierung der Liste der Projekte oder Programme von Unionsinteresse im Anhang der Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für die **Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen** in der EU eingeleitet.

Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis **15.06.2020**.

[Zur Konsultation](#)

## INNOVATION UND TECHNOLOGIE

### Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Raumfahrtpolitik an

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat hat am 04.06.2020 **Schlussfolgerungen zur Rolle der Raumfahrtpolitik bei der Verwirklichung einer nachhaltigen EU-Wirtschaft** angenommen. Er betont dabei, dass Raumfahrttätigkeiten einen erheblichen Beitrag dazu leisten können, Fähigkeiten, Technologien und Dienstleistungen zu entwickeln, die Voraussetzung für den **Aufbau einer widerstandsfähigen Gesellschaft** sind und den globalen Herausforderungen des Klimawandels, der Schädigung von Ökosystemen, Gesundheitsrisiken, Ernährungssicherheit und Migration gewachsen sind. Demnach können Geowissenschaften und europäische Weltraumdaten zur **Verwirklichung der Ziele des europäischen Green Deals** beitragen. Die verstärkte Nutzung von Weltraumdiensten ermögliche zudem die **Entwicklung hochwertiger Dienstleistungen in der gesamten Wertschöpfungskette** und leiste einen enormen Beitrag für den **digitalen Wandel**. Es sei daher wichtig, dass sich die Mitgliedstaaten gemeinsam mit der Wissenschaft bemühen, Fähigkeiten zu entwickeln sowie **Innovation und Unternehmergeist zu stimulieren**.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Angenommener Text](#)

### Coronavirus: Kommission und ESA stellen neues Coronavirus-Erdbeobachtungsinstrument vor

Die Kommission hat am 05.06.2020 in Zusammenarbeit mit der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) ein Coronavirus-Erdbeobachtungsinstrument (Rapid Action Coronavirus Earth observation tool, RACE) vorgestellt. Hierbei können mithilfe von Satelliten des EU-Erdbeobachtungsprogramms Copernicus sowie durch künstliche Intelligenz und Datenanalysen die Auswirkungen der Coronakrise und die Erholung nach der Pandemie in den einzelnen Regionen beobachtet werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Erdbeobachtungsinstrument RACE](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

### UMWELT

#### Europäischer Rechnungshof: Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen: Der Beitrag der GAP hat den Rückgang nicht gestoppt

Am 05.06.2020 hat der Europäische Rechnungshof (ERH) den Sonderbericht 13/2020: Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen: Der Beitrag der GAP hat den Rückgang nicht gestoppt, veröffentlicht. In diesem Sonderbericht kommt der ERH zu dem Ergebnis, dass die **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) hinsichtlich der Umkehrung des Rückgangs der biologischen Vielfalt nicht wirksam** sei und intensive Landwirtschaft weiterhin eine der Hauptursachen für diesen Verlust ist. Die Prüfer stellen fest, dass die Formulierung der Agrarziele der EU-Biodiversitätsstrategie die Messung der Fortschritte erschwert, dass die Art und Weise, wie die Kommission die Ausgaben für biologische Vielfalt im EU-Haushalt verfolgt, unzuverlässig ist, dass die Auswirkungen der GAP-Direktzahlungen begrenzt oder unbekannt sind und dass die Kommission und die Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums mit geringeren Auswirkungen bevorzugt haben. Der ERH empfiehlt der Kommission die Biodiversitätsstrategie 2030 besser zu gestalten, den durch Direktzahlungen und Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums geleisteten Beitrag zur Biodiversität zu verbessern, die Ausgaben im Zusammenhang mit der Biodiversität genauer zu verfolgen und zuverlässige Indikatoren zu entwickeln, die sich für die Überwachung der Fortschritte bei der Biodiversität von Agrarland eignen (siehe hierzu Bericht des StMELF in diesem EB).

[ERH-Sonderbericht Nr. 13/2020](#)

#### EuGH: Präzisierung des Begriffs der „Zusammenarbeit“ zwischen öffentlichen Einrichtungen bei Abfallentsorgung

Am 04.06.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-429/19 betreffend ein Vorabentscheidungsersuchen eines deutschen Gerichts zu einem Verfahren zwischen einem privaten Abfallbehandlungsunternehmen und einem Abfallzweckverband entschieden, dass es an einer das Vergaberecht ausschließenden öffentlichen „Zusammenarbeit“ nach Art. 12 Abs. 4 der **Richtlinie 2014/24/EU** über die öffentliche Auftragsvergabe fehlt, wenn ein öffentlicher Auftraggeber nur eine öffentliche Aufgabe gegen Entgelt auf einen anderen öffentlichen Auftraggeber überträgt. Im konkreten Fall hatte ein Abfallzweckverband die Verwertung und Entsorgung von Siedlungsabfällen teilweise durch Vereinbarung auf einen Landkreis gegen kostendeckendes Entgelt übertragen. Das private Abfallunternehmen hatte sich gegen diese Vereinbarung gewandt mit der Begründung, es handele sich dabei ohne tatsächliche „Zusammenarbeit“ der öffentlichen Träger um eine unzulässige Direktvergabe eines öffentlichen Auftrags. Der EuGH stellte fest, dass es für die Annahme einer Zusammenarbeit nicht ausreiche, wenn sich der einzige Beitrag eines Vertragspartners auf die bloße Kostenerstattung beschränke. Notwendig sei ein kooperatives Konzept nach einer gemeinsamen Strategie der Partner unter Bündelung der Anstrengungen.



## [EuGH-Urteil](#)

### **Kommission startet Konsultation über Berichterstattung im Rahmen des EU-EHS**

Am 29.05.2020 hat die Kommission zwei Entwürfe von Durchführungsverordnungen zur Änderung und Korrektur der Durchführungsverordnungen **2018/2066/EU** und **2018/2067/EU** über die Meldung von Treibhausgasemissionen sowie über die Daten und Akkreditierung von Prüfern gemäß der Richtlinie 2003/87/EG veröffentlicht. Mit dieser Initiative sollen die Vorschriften für die Überwachung und Berichterstattung vor Beginn des nächsten Handelszeitraums des EU-EHS (Phase 4) im Jahr 2021 aktualisiert werden, um sie effizienter zu gestalten und auf den neuesten Stand zu bringen sowie die Vorschriften für die Akkreditierung und die Prüfung aktualisiert werden, um sicherzustellen, dass die von Betreibern gemeldeten Emissionen und anderen Daten ordnungsgemäß geprüft und akkreditiert sind. Bis 24.07.2020 besteht dazu auf der Website der Kommission die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[EHS-Berichterstattung](#)

[EHS-Akkreditierung](#)

### **Kommission startet Konsultation zum Fahrplan für eine Revision der Richtlinie zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden**

Am 29.05.2020 hat die Kommission auf ihrer Feedbackplattform den Fahrplan zur Überarbeitung der EU-Vorschriften (**Richtlinie 2009/128/EG**) über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden gestartet. Diese Überarbeitung wurde im Rahmen der „Farm-to-Fork“ (FtF)-Strategie angekündigt. Diese sieht, gemeinsam mit der EU-Biodiversitätsstrategie, bis 2030 eine Reduzierung von Gesamteinsatz und Risiko chemisch-synthetischer PSM um 50 %, sowie die Reduzierung des Einsatzes von Hochrisiko-PSM um 50 % vor. Die Richtlinie zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden gilt dabei als entscheidendes Umsetzungsinstrument. Ziel der Evaluierung ist es zu untersuchen, ob die gesetzten Ziele der Richtlinie erreicht wurden und inwieweit kohärente Verknüpfungen mit anderen Politikbereichen bestehen (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB). Neben der gezielten Beteiligung von Interessens- und Expertengruppen ist eine öffentliche Konsultation im vierten Quartal 2020 vorgesehen, die Veröffentlichung eines neuen Kommissionsvorschlags ist für Anfang 2022 geplant. Bis 07.08.2020 besteht die Möglichkeit, Rückmeldungen zu diesem Fahrplan bei der Kommission einzureichen.

[Fahrplan](#)

### **Kommission startet Konsultation zur POP-Verordnung**

Am 29.05.2020 hat die Kommission eine Konsultation zu einer geplanten Änderung der POP (persistente organische Schadstoffe) **Verordnung 2019/1021** gestartet. Um sicherzustellen, dass Abfälle, die mit POPs belastet sind, umweltverträglich behandelt werden und ein sichereres Recycling ermöglicht wird, werden im



Rahmen dieser Initiative die Konzentrationsgrenzwerte von persistenten organischen Schadstoffen in Abfällen überprüft. Ziel ist es, Informationen über alle möglichen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen zu erhalten, die sich aus der Aufnahme von Stoffen in die Anhänge IV und V der POP-Verordnung und über die Folgen der Einführung spezifischer Grenzwerte ergeben könnten. Bis 07.08.2020 besteht die Möglichkeit zur Rückmeldung. Die geplante Änderung soll im zweiten Quartal 2021 vorgelegt werden.

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission startet Konsultation zum Fahrplan der Überarbeitung der Regularien für Batterien**

Am 28.05.2020 hat die Kommission eine Konsultation zum Fahrplan für die Überarbeitung europäischer Regularien im Umgang mit Batterien wie z. B. der EU-Batterierichtlinie (**2006/66/EG**) gestartet. Ziel der Initiative ist es, die schädlichen Auswirkungen von Batterien auf die Umwelt zu minimieren. Die Vorschriften sollen den gesamten Lebenszyklus abdecken, von Design & Produktion bis hin zu Wiederverwendung & Recycling. Sie sollen sicherstellen, dass alle Batterien auf nachhaltige Weise hergestellt werden (d. h. mit geringem Ressourcenverbrauch und geringem Abfallaufkommen) und leicht wiederverwertet werden können sowie dass alle Batterien, die auf dem wachsenden Markt für Elektrofahrzeuge verwendet werden, nachhaltig sind. Ein entsprechender Legislativvorschlag der Kommission ist geplant für das vierte Quartal 2020. Rückmeldungen zum Fahrplan sind möglich bis 09.07.2020.

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)

### **EuGH: Deutsches Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz vereinbar mit UVP-Richtlinie**

Am 28.05.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-535/18 nach einem Vorabentscheidungsersuchen des Bundesverwaltungsgerichts zwischen verschiedenen Privatpersonen und dem Land Nordrhein-Westfalen entschieden, dass die nationale Regelung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG), wonach eine natürliche Person die Entscheidung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wegen eines Verfahrensfehlers nur verlangen kann, wenn der Verfahrensfehler ihr konkret die Möglichkeit der gesetzlich vorgesehenen Beteiligung am Entscheidungsprozess genommen hat, nicht gegen Art. 11 der **UVP-RL 2011/92** verstößt. Ferner stellte der EuGH zu Art. 4 der **Wasserrahmen-RL 2000/60** fest, dass unmittelbar von Straßenbauprojekten betroffene Personen befugt sein müssen, vor den zuständigen nationalen Gerichten die Verletzung der Pflichten zur Verhinderung der Verschlechterung von Wasserkörpern und zur Verbesserung ihres Zustands geltend zu machen. Zudem müsse die Behörde die Prüfung der Einhaltung der Vorschriften zur Verhinderung der Verschlechterung des Zustands sowohl der Oberflächen- als auch der Grundwasserkörper vor Projektgenehmigung durchführen und entsprechende Informationen öffentlich zugänglich machen. Von einer Verschlechterung des chemischen Zustands eines Grundwasserkörpers sei bereits dann auszugehen, wenn mindestens eine der Qualitätsnormen oder einer der Schwellenwerte überschritten werde.



## [EuGH-Urteil](#)

### **EuGH: Unionskonformität der 10-H-Regel für Windräder**

Am 28.05.2020 hat der EuGH nach einem Vorabentscheidungsersuchen eines polnischen Gerichts in der Rechtssache ECO-WIND Construction – C-727/17 geurteilt, dass die 10-H-Abstandsregel für Windräder in Bezug auf Wohngebäude nicht gegen die **Erneuerbare-Energien-RL 2009/28** verstößt. Die Richtlinie verpflichte jeden Mitgliedstaat, dafür zu sorgen, dass sein Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch im Jahr 2020 mindestens einen bestimmten Wert erreicht. Den Mitgliedstaaten komme ein Wertungsspielraum dahingehend zu, wie dieses Ziel der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen erreicht werde. Etwaige Regelungen müssten im Hinblick auf das verbindliche nationale Gesamtziel des betroffenen Mitgliedstaats jedoch erforderlich und verhältnismäßig sein; dies zu prüfen, sei Aufgabe des vorlegenden Gerichts. Zudem führte der EuGH aus, dass die Abstandsregelung grundsätzlich nicht als „technische Vorschrift“ im Sinne der **Informations-RL 2015/1535** anzusehen und daher nicht mitteilungsspflichtig gewesen sei. Anderes gelte nur dann, wenn sie zu einem faktischen Verbot von Windkraftanlagen führe, da nur noch eine „marginale Verwendung“ der Anlagen möglich sei.

## [EuGH-Urteil](#)

## **VERBRAUCERSCHUTZ**

### **EuGH: Anspruch auf Nutzungersatz bei Widerruf eines Darlehensvertrags**

Am 04.06.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-301/18 zwischen einem Darlehensnehmer und der DSL-Bank betreffend ein Vorabentscheidungsersuchen eines deutschen Gerichts die Rückzahlungsregelung beim Widerruf eines im Fernabsatz geschlossenen Darlehensvertrags präzisiert. Ein Verbraucher könne zwar die Erstattung von Tilgungs- und Zinsbeträgen verlangen, nicht aber Nutzungersatz auf diese Beträge. In dem zugrunde liegenden Fall verlangt ein Darlehensnehmer von der DSL-Bank für zwei von ihm widerrufenen im Fernabsatz abgeschlossene Darlehensverträge Nutzungersatz auf die Zinsen, die er bis zum Widerruf gezahlt hatte. Nach Auffassung des Gerichts konnte der Kunde die Verträge aufgrund fehlerhafter Widerrufsbelehrung zwar wirksam widerrufen. Der EuGH sollte aber überprüfen, ob die deutsche Regelung, nach der ein Darlehensgeber nicht nur die erhaltenen Beträge zurückgewähren, sondern außerdem Nutzungersatz hierauf leisten muss, in Einklang mit der **Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher (2002/65)** steht. Der EuGH stellt klar, dass eine solche Verpflichtung des Anbieters nicht in der Richtlinie vorgesehen sei. Die Vollharmonisierung verwehre es den Mitgliedstaaten, in den durch die Richtlinie harmonisierten Bereichen andere als die darin festgelegten Bestimmungen vorzusehen. Dem Urteil liegt die Rechtslage vor der Gesetzesänderung zum Widerrufsrecht im Jahr 2014 zugrunde.

## [EuGH-Urteil](#)



### EU-Bankenaufsichtsbehörde veröffentlicht Leitlinien zum Schutz der Verbraucher bei Kreditvergabe

Am 29.05.2020 hat die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) neue Leitlinien für ihre Kreditvergabe veröffentlicht. Darin werden die Aspekte des Aufsichts- und Verbraucherschutzes zusammengeführt. Die Richtlinien sollen sicherstellen, dass Banken über robuste und **nachhaltige Standards für die Übernahme, das Management und die Überwachung von Kreditrisiken** verfügen und dass neu vergebene Kredite von hoher Kreditqualität sind sowie die Praktiken der Banken mit den Verbraucherschutzvorschriften in Einklang stehen. Die Leitlinien gelten für neue Verträge ab dem 30.06.2021 und für Abänderungen an bestehenden Verträgen ab dem 30.06.2022.

[Leitlinien](#) (in englischer Sprache)

## COVID-19

### Rat legt 2019 als Basisjahr für die Berechnung der CO<sub>2</sub>-Emissionen unter CORSIA fest

Am 09.06.2020 hat der Rat beschlossen den **Bezugszeitraum für die Messung des Anstiegs der CO<sub>2</sub>-Emissionen im internationalen Luftverkehr auf 2019** (anstatt 2019 und 2020) festzulegen, um den Rückgang des Luftverkehrs aufgrund der Coronavirus-Krise Rechnung zu tragen. Der Bezugszeitraum legt das Ziel für die Emissionen fest, die die internationale Luftfahrt im Rahmen des Kohlenstoffausgleichs- und -reduzierungssystems für die internationale Luftfahrt (CORSIA) erreichen soll und bestimmt die Menge der Kompensationen, die die Fluggesellschaften kaufen müssen, um dieses Ziel zu erreichen. CORSIA wurde von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) 2016 vereinbart. Die Pilotphase von CORSIA soll 2021 beginnen, eine Überprüfung soll 2022 stattfinden (siehe hierzu Bericht des StMB in diesem EB).

[Ratsbeschluss](#) (in englischer Sprache)

### Neue Emissionsgrenzwerte für Traktoren und Baumaschinen um ein Jahr verschoben

Am 04.06.2020 hat die Kommission vorgeschlagen, die **Frist für den Einbau von Motoren mit niedrigeren Emissionsgrenzwerten für Traktoren, Rasenmäher und Baumaschinen, um ein Jahr zu verlängern**. Nach geltender Vorschrift **VO (EU) 2016/1628** dürfen Motoren der Schadstoffklasse IV nur bis Ende Juni verbaut werden. Danach soll die modernere und emissionsärmere Klasse V gelten. Nun sollen die Hersteller laut Vorschlag der Kommission zwölf Monate länger Zeit bekommen, da der Ausbruch von COVID-19 zu vollständigen Unterbrechungen bei der Lieferung von Teilen und Komponenten geführt hat, so dass viele Motoren- und Maschinenhersteller nicht in der Lage sein werden, die oben genannten Fristen einzuhalten. Über den Vorschlag müssen nun Rat und Parlament entscheiden.

[Vorschlag der Kommission](#) (in englischer Sprache)



### Kommission nimmt Coronavirus SARS-CoV-2 in Liste der biologischen Arbeitsstoffe auf

Am 03.06.2020 hat die Kommission die Richtlinie über biologische Arbeitsstoffe (2000/54/EC) aktualisiert und das **Coronavirus SARS-CoV-2 in die Liste der biologischen Arbeitsstoffe in Risikogruppe 3** aufgenommen. Kriterien für die Einstufung in Risikogruppe 3 waren laut Kommission: das Virus könne schwere Erkrankungen auslösen, die insbesondere für ältere Arbeitnehmer und Menschen mit einem zugrunde liegenden medizinischen Problem oder einer chronischen Krankheit eine ernste Gefahr darstellen sowie die mögliche Gefahr einer Verbreitung in der Bevölkerung, wobei „eine wirksame Vorbeugung oder Behandlung möglich“ ist. Zwar existiere derzeit „weder einen Impfstoff noch eine wirksame Behandlung“ gegen das neuartige Coronavirus, es würden jedoch „international beträchtliche Anstrengungen unternommen“ und eine „beträchtliche Anzahl von Impfstoffkandidaten“ liege bereits vor. Bei der Aktualisierung stützte sich die Kommission auf den wissenschaftlichen Rat von Experten aus allen EU-Mitgliedstaaten sowie auf einen umfassenden Konsultationsprozess mit dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Das Europäische Parlament und der Rat haben nun einen Monat Zeit, um der Gesetzesänderung zuzustimmen.

[Aktualisierte Richtlinie](#) (in englischer Sprache)





## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

### **Rat diskutiert per Videokonferenz über Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und Biodiversitätsstrategie 2030**

Unter Teilnahme von Landwirtschaftskommissar *Janusz Wojciechowski* und Gesundheitskommissarin *Stella Kyriakides* führte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH) am 08.06.2020 in seiner informellen Sitzung per Videokonferenz einen ersten Gedankenaustausch zu den beiden kürzlich veröffentlichten Strategien der Kommission „Vom Hof auf den Tisch“ („Farm to Fork“) und Biodiversitätsstrategie 2030 (EB 09/20). Die Minister begrüßten grundsätzlich beide Strategien und das Bestreben, die Landwirte in der Lebensmittelkette zu stärken. Erneut brachten sie ihre Besorgnis zum Ausdruck, dass die vorgeschlagenen Mittelzuweisungen für die Gemeinsame Agrarpolitik nicht im Einklang mit den Zielen der Strategien stünden. Insbesondere fürchten sie, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirte beeinträchtigt werden könnte. Unterschiedliche Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten müssten zudem berücksichtigt werden. Zur Bewertung der erzielten Fortschritte sei zudem eine effiziente Datenerhebung notwendig.

[Mitteilung des Rates mit weiterführenden Informationen](#) (in englischer Sprache)

### **Europäischer Rechnungshof: GAP hat den Rückgang der Biodiversität auf landwirtschaftlichen Flächen nicht gestoppt**

In seinem Sonderbericht Nr. 13/2020 „Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen: Der Beitrag der GAP hat den Rückgang nicht gestoppt“ vom 05.06.2020 kommt der Europäische Rechnungshof (ERH) zu dem Ergebnis, dass die Formulierung des Einzelziels und der Maßnahmen für den Agrarbereich in der Biodiversitätsstrategie 2020 die Messung der Fortschritte erschwert und es an Koordinierung zwischen den politischen Maßnahmen und Strategien der EU mangelt, was in Folge nicht dem Rückgang der biologischen Vielfalt entgegenwirkt (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB). Ferner sei die Verfolgung der Ausgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) durch die Kommission für diesen Zielbereich unzuverlässig. Einige Anforderungen an die Direktzahlungen, insbesondere Greening und Cross-Compliance, hätten großes Potential zum Erhalt der Vielfalt, ebenso Instrumente der ländlichen Entwicklung. Jedoch hätten Kommission und Mitgliedstaaten Maßnahmen mit geringen Auswirkungen bevorzugt. Der ERH empfiehlt der Kommission, die Koordinierung der Biodiversitätsstrategie 2030 zu verbessern und die Ausgaben genauer zu verfolgen, den Beitrag der beiden Säulen der GAP zur biologischen Vielfalt zu erhöhen und zuverlässige Indikatoren zur Bewertung der GAP-Auswirkungen auf die Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen zu entwickeln.

[Sonderbericht Nr. 13/2020 des ERH](#)



### rescEU: Aufstockung der Flotte um zwei Löschflugzeuge

Wie die Kommission am 05.06.2020 mitteilte, wird zur Vorbereitung auf das Risiko von Waldbränden im diesjährigen Sommer die EU-Flotte von Luftfahrzeugen im Rahmen von rescEU aufgestockt (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB). Zu diesem Zweck finanziert die EU zwei neue Löschflugzeuge, die von der schwedischen Regierung erworben wurden. Damit wird die von der EU finanzierte rescEU-Flotte auf insgesamt 13 Flugzeuge und sechs Hubschrauber aufgestockt. Diese werden in Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Schweden, Spanien und Zypern stationiert.

[Pressemitteilung der Kommission vom 05.06.2020](#)

### EU-Ausfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse schwächer

Nach Mitteilung der Kommission stiegen die EU-Ausfuhren von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen zu Beginn der COVID-19-Pandemie im Februar 2020 deutlich langsamer. Mit 15,1 Mrd. € lagen die aktuellen Ausfuhrwerte um 4,6 % über den Exporten vom Februar 2019. Die höchsten Zuwachsraten wurden für die Exporte nach China (+ 291 Mio. €), Algerien (+ 110 Mio. €) sowie nach Saudi-Arabien (+ 84 Mio. €) erzielt. Am stärksten gesunken sind die Ausfuhren ins Vereinigte Königreich (- 364 Mio. €), in die USA (- 66 Mio. €) und nach Hong-Kong (- 48 Mio. €). Bei der Betrachtung der Warengruppen zeigten sich die höchsten Zuwächse bei Schweinefleisch (+ 278 Mio. €), Weizen (+ 228 Mio. €) und anderen Getreidearten (+ 145 Mio. €). Die Importe stiegen leicht um 68 Mio. € (+ 0,7 %) auf rund 9,8 Mrd. €. Die größten Anstiege zeigten sich bei den Einfuhren aus der Elfenbeinküste (+ 82 Mio. €), aus Kanada (+ 74 Mio. €) und Indonesien (+ 60 Mio. €). Die Warengruppe mit dem höchsten Zuwachs an Importen waren Pflanzenöle (+ 138 Mio. €).

Im letzten 12-Monats-Zeitraum (März 2019 - Februar 2020) erreichten die Exporte einen Wert von 183,4 Mrd. €. Dies entspricht einem Anstieg um 7,2 % im Vergleich zur vorherigen Periode. Importe landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Drittstaaten sind im selben Zeitraum um 1,6 % auf 121,7 Mrd. € gestiegen. Damit lag der Exportüberschuss bei 61,7 Mrd. €. Die größten Zuwachsraten verzeichneten Exporte nach China (+ 4,6 Mrd. €), Japan (+ 1 Mrd. €) und nach Russland (+ 582 Mio. €). Die Exporte von Schweinefleisch (+ 2,9 Mrd. €), Weizen (+ 1,8 Mrd. €) und anderen Getreidearten (+ 0,6 Mrd. €) konnten dabei besonders stark zulegen.

[Bericht der Kommission für Februar 2020](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

### Initiative für EU-Mindestlohnrahmen: Kommission leitet zweite Phase der Konsultation der Sozialpartner ein

Die Kommission hat am **03.06.2020** die zweite Phase der **Sozialpartnerkonsultation** für einen **EU-Mindestlohnrahmen** gestartet. Im Konsultationspapier zur zweiten Phase werden **Optionen für EU-Maßnahmen** aufgezeigt, um faire Mindestlöhne in Europa zu gewährleisten. Die Kommission erwägt hierfür entweder ein **legislatives** oder ein **nichtlegislatives Instrument**, d. h. als Handlungsform kommen sowohl eine Richtlinie im Bereich der Arbeitsbedingungen wie auch die Vorlage einer Empfehlung des Rates in Betracht. Die Sozialpartner werden gebeten, die im Konsultationspapier aufgeworfenen Fragen bis zum **04.09.2020** zu **beantworten**.

Hintergrund:

Als Teil der Mitteilung „Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang“ leitete die Kommission am 14.01.2020 die erste Phase der Konsultation der Sozialpartner ein. Damit wollte die Kommission in Erfahrung bringen, ob die Sozialpartner der Ansicht sind, dass ein Tätigwerden auf EU-Ebene angezeigt ist (EB 01/20). Die Kommission strebt mit ihrer Initiative – nach eigener Darstellung – **weder** die Festlegung eines **einheitlichen europäischen Mindestlohns** noch die **Harmonisierung der Systeme** zur Festsetzung der Mindestlöhne an. Die Kommission wolle jedoch sicherstellen, dass alle nationalen Mindestlohnsysteme **angemessen** sind, eine **ausreichende Reichweite** haben, **die umfassende Konsultation der Sozialpartner** vorsehen und über einen **geeigneten Aktualisierungsmechanismus** verfügen. Nach Prüfung der von den Sozialpartnern in dieser ersten Phase geäußerten Standpunkte ist die Kommission nun zu dem Schluss gelangt, dass Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich seien.

Sollten die Sozialpartner im weiteren Verlauf nicht beschließen, untereinander über die aufgeworfenen Fragen zu verhandeln, ist mit einem Vorschlag der Kommission laut aktualisiertem Kommissionsarbeitsprogramm 2020 im 4. Quartal dieses Jahres zu rechnen (EB 09/20).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### COVID-19: Informelle Videokonferenz der EU-Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten am 09.06.2020

Am 09.06.2020 tauschten sich die für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zuständigen EU-Minister im Rahmen einer informellen Videokonferenz erneut zu den **sozialen und beschäftigungspolitischen Folgen der COVID-19 Pandemie** aus (EB 06/20 und EB 08/20). Thema war diesmal die **Erholung nach der Krise**, insbesondere **wie die Beschäftigungssituation in den Mitgliedstaaten verbessert und die Arbeitsmärkte widerstandsfähiger gemacht werden können**. Die COVID-19-Krise habe zu ernsthaften Herausforderungen im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik geführt, vor allem durch den weit verbreiteten Einsatz von IT-Tools, Telearbeit und Videokonferenzen. Bei den Beratungen ging es zudem um die Themen



**Weiterqualifizierung/Umschulung** sowie um Erfahrungen hinsichtlich des Schutzes und der Förderung der **Geschlechtergleichstellung** mit Blick auf besonders von der COVID-19-Krise betroffene Gruppen. Die Ministerinnen und Minister wurden ferner vom kroatischen Vorsitz über das laufende **Europäische Semester** und die **länderspezifischen Empfehlungen 2020** informiert (EB 09/2020)

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Rat bestätigt Schlussfolgerungen zur Förderung des Wohlergehens am Arbeitsplatz, zur Umschulung und Weiterbildung sowie zu demografischen Herausforderungen in der EU**

Die vom Rat am **08.06.2020** zum einen angenommenen **Schlussfolgerungen** zum Thema „Förderung des Wohlergehens am Arbeitsplatz“ erkennen an, dass sich die **Förderung des Wohlergehens am Arbeitsplatz** positiv auf die Produktivität und das Engagement der Beschäftigten bei der Arbeit sowie auf deren Gesundheit auswirken könne. Die Perspektive des Wohlergehens am Arbeitsplatz müsse daher in alle einschlägigen Strategien und Maßnahmen sowohl auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene einbezogen werden.

Der Rat verabschiedete ferner Schlussfolgerungen zum Thema **Umschulung und Weiterbildung** als Grundlage für mehr **Nachhaltigkeit** und eine **verbesserte Beschäftigungsfähigkeit** im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erholung nach der Coronavirus-Pandemie. Der COVID-19-Ausbruch habe verdeutlicht, welche entscheidende Rolle **digitalen Fähigkeiten** zukomme, wenn es darum geht, etwa durch Telearbeit den Geschäftsbetrieb von Unternehmen zu gewährleisten bzw. ein Mindestmaß an sozialer Interaktion beizubehalten. Europa werde dafür sorgen müssen, dass die **Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung** und des **lebenslangen Lernens** entsprechende Möglichkeiten schaffen, die es erlauben, Arbeitnehmern aller Generationen geeignete Kompetenzen, Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, die den aktuellen und künftigen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechen.

Die Schlussfolgerungen zum Thema „**Demografische Herausforderungen – der künftige Ansatz**“ berücksichtigen schließlich die derzeitigen negativen demografischen Trends in der EU, aber auch die zusätzlichen demografischen Herausforderungen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie auftreten können.

[Pressemitteilung des Rates \(in englischer Sprache\)](#)

### **Verkehrsausschuss des EP stimmt der Reform der Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr zu**

Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) hat am **08.06.2020** die zwischen Rat und EP im Dezember 2019 erzielte **vorläufige Einigung** zu den Vorschlägen betreffend die **Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr bestätigt** (EB 04/20 sowie EB 06/20).

Das Legislativpaket, das von der Kommission am **31.05.2017** als Teil des sog. **Mobilitätspaket I** vorgelegt wurde, muss nun abschließend vom **Plenum in zweiter Lesung** angenommen werden. Nach gegenwärtigen Planungen kann dies noch vor der Sommerpause im Rahmen der **Juli-Plenartagung** geschehen.



[Pressemitteilung des EP](#)

**Fahrplan für eine neue Strategie für die Gleichstellung von LGBTI+**

Wie bereits in ihrem Arbeitsprogramm 2020 angekündigt (EB 02/20), plant die Kommission die Vorlage einer neuen **Strategie für die Gleichstellung von LGBTI+**. Die Kommission habe bereits mit den Vorbereitungen für eine neue Strategie zur **Bekämpfung der Diskriminierung und Ungleichbehandlung** von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender-Personen und Intersexuellen (LGBTI+) begonnen. Die Initiative soll auf den Ergebnissen der Liste von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTI-Personen (2015-19) aufbauen.

Mit der Vorlage der Strategie in der Form einer Mitteilung ist für das **4. Quartal 2020** zu rechnen. Die **Frist für Rückmeldungen** zu diesem Fahrplan läuft vom **29.05.2020 - 10.07.2020**.

[Weitere Informationen](#)

**Arbeitslosenquote im April 2020 im Euroraum bei 7,3 % und in der EU27 bei 6,6 %**

Wie die europäische Statistikbehörde Eurostat am 03.06.2020 mitteilte, lag die **Arbeitslosenquote im Euroraum** im April 2020 bei **7,3 %**, nachdem sie im März bei revidiert 7,1 % (vorläufig: 7,4 %, EB 08/20) gelegen hatte. In der **gesamten EU** lag die Arbeitslosenquote der Meldung zufolge im April 2020 bei **6,6 %**, im Vergleich zu 6,4 % im Vormonat.

Nach Schätzungen von Eurostat waren demnach im April 2020 in der Eurozone 11,92 Mio. und in der gesamten EU 14,08 Mio. Menschen arbeitslos.

Die **Jugendarbeitslosigkeit** lag im April 2020 in der gesamten EU bei 15,4 % im Vergleich zu 14,6 % im März 2020. Im Euroraum stieg diese von 15,1 % auf 15,8 % im Vergleich zum Vormonat.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

---

### **EuGH urteilt zur kostenlosen Abgabe von Fertigarzneimitteln an Apotheker**

Der EuGH hat mit Urteil vom 11.06.2020 (Rechtssache C-786/18) entschieden, dass Art. 96 Abs. 1 der Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel es pharmazeutischen Unternehmen nicht erlaubt, Gratismuster verschreibungspflichtiger Arzneimittel an Apotheker abzugeben. Dagegen stehe diese Bestimmung der Abgabe von Gratismustern nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel an Apotheker nicht entgegen.

Dem Urteil liegt ein Rechtsstreit vor deutschen Gerichten zugrunde. Ein Pharmaunternehmen beanstandete, dass ein Mitbewerber mit der Aufschrift „zu Demonstrationszwecken“ versehene Packungen eines apothekenpflichtigen Schmerzgels kostenlos an deutsche Apotheker abgegeben hatte. Das klagende Unternehmen machte geltend, dass nach dem deutschen Arzneimittelgesetz die kostenlose Abgabe von Arzneimittelmustern an Apotheker nicht gestattet sei. Außerdem werde dadurch eine nach deutschem Recht unzulässige Werbegabe gewährt.

[EuGH-Urteil vom 11.06.2020](#)

[Pressemitteilung](#)

### **EuGH urteilt zur Beschränkung der Haftung für fehlerhafte Brustimplantate**

Der EuGH hat mit Urteil vom 11.06.2020 (Rechtssache C-581/18) entschieden, dass Art. 18 Abs. 1 AEUV, der Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit verbietet, keine Anwendung auf eine in einem Vertrag zwischen einem Versicherungsunternehmen und einem Hersteller von Medizinprodukten enthaltene Klausel findet, die die geografische Reichweite der Deckung der Haftpflichtversicherung für diese Produkte auf Schäden beschränkt, die im Gebiet eines einzigen Mitgliedstaats eintreten.

Dem Urteil liegt das Vorabentscheidungsersuchen eines deutschen Gerichts zugrunde. Das Ausgangsverfahren betrifft eine Klage auf Ersatz von Schäden, die der Klägerin durch das Einsetzen fehlerhafter Brustimplantate entstanden waren. Die Klägerin hatte sich in Deutschland Brustimplantate einsetzen lassen, die von einem französischen Unternehmen hergestellt und von einem niederländischen Unternehmen vertrieben worden waren. Der Haftpflichtversicherer des Herstellers der Implantate berief sich auf seine Versicherungsbedingungen, nach denen der Deckungsschutz auf Schadensfälle in Frankreich beschränkt sei.

[EuGH-Urteil vom 11.06.2020](#)

### **EuGH urteilt zur Anwendung des Beihilferechts auf gesetzliche Krankenkassen**

Der EuGH hat mit Urteil vom 11.06.2020 (Rechtssachen C-262/18 P und C-271/18 P) seine Rechtsprechung bestätigt, nach der die EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen nicht auf Krankenversicherungsträger





anwendbar sind, die unter staatlicher Aufsicht im Rahmen eines Systems der sozialen Sicherheit tätig sind, das ein soziales Ziel verfolgt und das Solidaritätsprinzip umsetzt.

Dem Urteil liegt ein Rechtsstreit zwischen drei slowakischen Krankenversicherungsträgern über die behauptete Gewährung von staatlichen Beihilfen an zwei dieser Träger durch die Slowakei zugrunde. Die Kommission hatte auf Beschwerde eines Krankenversicherungsträgers bezüglich des Sachverhalts ein förmliches Prüfverfahren durchgeführt, jedoch in einem Beschluss festgestellt, dass die von den beiden anderen Krankenversicherungsträgern ausgeübte Tätigkeit nicht wirtschaftlicher Natur sei und sie daher keine Unternehmen im Sinne von Art. 107 Abs. 1 AEUV seien, so dass die mit der Beschwerde beanstandeten Maßnahmen keine staatlichen Beihilfen hätten darstellen können. Die gegen diesen Beschluss gerichtete Nichtigkeitsklage wurde im EuGH nun abgewiesen.

[EuGH-Urteil vom 11.06.2020](#)

[Pressemitteilung](#)

### **Ratsschlussfolgerungen zur Digitalstrategie der Kommission**

Der Rat hat am 09.06.2020 im schriftlichen Verfahren Schlussfolgerungen zum Thema „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ angenommen (siehe Beitrag des StMD in diesem EB). Im Hinblick auf elektronische Gesundheitsdienste betont der Rat darin die Bedeutung des digitalen Wandels im Gesundheits- und Pflegewesen für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme und für die Bewältigung der Coronavirus-Pandemie.

Aus Sicht des Rates wird die Entwicklung eines europäischen Gesundheitsdatenraums zur Steigerung der Effizienz und Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme und zu besseren Gesundheitsergebnissen für Patienten beitragen. Der Rat ersucht die Mitgliedstaaten, ihre Kräfte EU-weit zu bündeln, um den grenzüberschreitenden Zugang zu und Austausch von Gesundheitsdaten voranzubringen. Die Umsetzung des europäischen Gesundheitsdatenraums müsse allerdings unter Einhaltung hoher Datenschutzerfordernungen erfolgen. In Bezug auf die im Rahmen der Coronavirus-Krise entwickelten Anwendungen zur Nachverfolgung und Warnung von Kontaktpersonen betont der Rat die Bedeutung der grenzüberschreitenden Interoperabilität entsprechender Anwendungen und des Schutzes der Privatsphäre der Nutzer.

[Ratsschlussfolgerungen „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zur Badegewässerqualität**

Die Europäische Umweltagentur hat am 08.06.2020 ihren jährlichen Bericht über die Qualität der europäischen Badegewässer vorgelegt. Dem Bericht zufolge wurden im Jahr 2019 insgesamt 22.295 europäische Badegewässer (in den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie in Großbritannien, Albanien und der Schweiz) untersucht. Davon erhielten 84,6 % oder 18.870 Badestellen die Bestnote „ausgezeichnet“, 7,9 % oder 1.759 Badestellen die Bewertung „gut“, 2,3 % oder 524 Badestellen die Bewertung „ausreichend“, und rund 1 % oder 303





Badestellen die Bewertung „mangelhaft“. In Deutschland wurden im Jahr 2019 insgesamt 2.291 Badegewässer untersucht, davon erhielten 92,5 % oder 2.120 Badestellen die Bestnote „ausgezeichnet“, 4,5 % oder 103 Badestellen die Bewertung „gut“, 1,2 % oder 27 Badestellen die Bewertung „ausreichend“ und 0,3 % oder 8 Badestellen die Bewertung „mangelhaft“.

Der Bericht fasst die Ergebnisse der im Jahresverlauf 2019 in Europa durchgeführten Badegewässeruntersuchungen zusammen. Rechtlicher Hintergrund ist die Richtlinie 2006/7/EG über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung. Die Richtlinie enthält Bestimmungen für die Überwachung und Einstufung der Qualität von Badegewässern, die Bewirtschaftung der Badegewässer hinsichtlich ihrer Qualität und die Information der Öffentlichkeit über die Badegewässerqualität.

[Bericht über die Qualität der europäischen Badegewässer 2019](#)

[Interaktive Karte der europäischen Badegewässer](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Coronavirus: EU stellt Fördermittel für innovative Unternehmen bereit**

Die Kommission hat am 08.06.2020 bekanntgegeben, dass sie über das „Accelerator“-Pilotprojekt des Europäischen Innovationsrats (EIC) 36 Unternehmen Fördermittel in Höhe von fast 166 Mio. € für Projekte gewähren wird, mit denen die Coronavirus-Pandemie bekämpft werden soll. Darüber hinaus sollen weitere 36 Unternehmen über 148 Mio. € als Beitrag zum Europäischen Aufbauplan erhalten (siehe hierzu auch Beitrag des StMUK in diesem EB).

Der Kommission zufolge werden die ausgewählten Unternehmen, die zum Kampf gegen das Coronavirus beitragen sollen, an Projekten wie etwa der Produktion von Bio-Dekontaminationstüchern, der Entwicklung von Systemen, die Ersthelfern in Echtzeit Rückmeldungen über die Qualität der Beatmung von Patienten liefern, der Entwicklung einer Antikörperplattform für die Behandlung schwerer Infektionsfälle und vielen weiteren Vorhaben arbeiten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Liste der geförderten Unternehmen](#) (in englischer Sprache)

### **Revision des Statuts der Europäischen Drogenbeobachtungsstelle**

Die Kommission hat am 04.06.2020 eine Folgenabschätzung vorgelegt, in der eine Revision des Statuts der Europäischen Drogenbeobachtungsstelle (EMCDDA) angekündigt wird. Ein entsprechender Vorschlag zur Novellierung der EMCDDA-Gründungsverordnung (EG) Nr. 1920/2006 soll im ersten Quartal 2021 vorgelegt werden. Die Novelle zielt darauf ab, der EMCDDA eine schnellere und gezieltere Reaktion auf neue Herausforderungen im Drogenbereich zu ermöglichen, die Überwachung und Analyse des Drogenphänomens in Europa zu verbessern, Klarstellungen hinsichtlich des Aufgabenbereichs der Agentur vorzunehmen und die nationale Drogenpolitik der Mitgliedstaaten besser zu unterstützen.



Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht ist eine Agentur der EU mit Sitz in Lissabon. Ihr Zweck ist es, der EU und ihren Mitgliedstaaten objektive, zuverlässige und auf europäischer Ebene vergleichbare Informationen über Drogen, die Drogensuchtproblematik und ihre Folgen zu liefern. Kernaufgaben der Agentur sind die Sammlung und Analyse vorhandener Daten, die methodische Verbesserung des Datenvergleichs, die Verbreitung der Daten und die Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Einrichtungen und Organisationen sowie mit Drittstaaten.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Europäischen Drogenbeobachtungsstelle](#) (in englischer Sprache)

### **Coronavirus: EU sagt Fördermittel für Impfallianz GAVI zu**

Die Kommission hat am 04.06.2020 anlässlich eines weltweiten Gipfels der Impfallianz GAVI angekündigt, dass sie GAVI für den Zeitraum 2021 - 2025 Mittel in Höhe von 300 Mio. € zusagen wird. Die Zusage steht unter dem Vorbehalt, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen der EU und insbesondere das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) entsprechend den Vorschlägen der Kommission angenommen werden. Der Kommission zufolge ist die Stärkung der Gesundheitssysteme und der Immunisierungskapazitäten der anfälligsten Länder der Welt ein Schlüsselement der weltweiten Coronavirus-Krisenreaktion.

Zuvor hatte die Kommission bereits am 04.05.2020 die globale Geberinitiative „Coronavirus Global Response“ gestartet (EB 09/20). Ziel der Initiative ist es, umfangreiche Mittel für die gemeinsame Entwicklung und den universellen Einsatz von Diagnostika, Behandlungen und Impfstoffen gegen COVID-19 zu beschaffen. Im Rahmen einer ersten Online-Geberveranstaltung waren dabei zunächst Finanzierungszusagen in Höhe von 7,4 Mrd. € gesammelt worden. Zur Fortsetzung der Geberinitiative hat die Kommission eine neue Kampagne mit dem Titel „Global Goal: Unite for our Future“ ins Leben gerufen, die am 27.06.2020 in einen weiteren, weltweiten Spendengipfel münden soll.

[Pressemitteilung zum GAVI-Impfgipfel](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung zur Geberinitiative der Kommission](#)

[Webseite der „Coronavirus Global Response“](#)

### **Kommission legt Fahrplan für EU-Arzneimittelstrategie vor**

Die Kommission hat am 03.06.2020 einen Fahrplan zur Vorbereitung der EU-Arzneimittelstrategie vorgelegt. Dem Fahrplan zufolge sollen mit der EU-Arzneimittelstrategie Herausforderungen in verschiedenen Bereichen angegangen werden. Hierzu gehören Ungleichgewichte beim Zugang zu innovativen Therapien innerhalb der EU, Lieferengpässe, praktische und regulatorische Herausforderungen für Forschung und Innovation sowie die Umweltauswirkungen der Herstellung, Verwendung und Entsorgung von Arzneimitteln. Allgemein soll die EU-Arzneimittelstrategie dazu beitragen, die Versorgung mit sicheren und bezahlbaren Arzneimitteln in Europa zu gewährleisten und die pharmazeutische Industrie in Europa zu unterstützen.



Vor diesem Hintergrund werden mit der EU-Arzneimittelstrategie folgende Ziele angestrebt: Verbesserung der Verfügbarkeit von Arzneimitteln, Sicherstellung angemessener Preise für Arzneimittel, Förderung der Innovation in Bereichen ungedeckten medizinischen Bedarfs sowie Verringerung der Abhängigkeit der EU von der Arzneimittelproduktion in Drittstaaten. Im nächsten Schritt ist die Einleitung einer öffentlichen Konsultation zur EU-Arzneimittelstrategie geplant; die Strategie selbst soll im vierten Quartal 2020 veröffentlicht werden.

[Fahrplan](#)

[Webseite der Kommission zur EU-Arzneimittelstrategie](#) (in englischer Sprache)

### **Coronavirus: Aktualisierung der Arbeitsschutzvorschriften**

Die Kommission hat am 03.06.2020 einen Rechtsakt zur Aktualisierung des Anhangs III zur Richtlinie 2000/54/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe veröffentlicht. Durch die Änderung soll das Virus SARS-CoV-2 als Humanpathogen der Risikogruppe 3 in die Liste der biologischen Arbeitsstoffe, die bekanntermaßen Infektionskrankheiten beim Menschen hervorrufen, aufgenommen werden. Der Kommission zufolge berücksichtigt die Einstufung die beim Menschen hervorgerufenen Krankheitsfolgen aber auch die derzeitigen Bemühungen zur Entwicklung von Impfstoffen und Behandlungen.

Die Richtlinie 2000/54/EG enthält Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer vor Gefährdungen ihrer Sicherheit und Gesundheit aufgrund der Exposition gegenüber biologischen Arbeitsstoffen. Anhang III der Richtlinie 2000/54/EG enthält eine Liste der biologischen Arbeitsstoffe, die bekanntermaßen Infektionskrankheiten beim Menschen hervorrufen, eingestuft entsprechend dem Ausmaß des von ihnen ausgehenden Infektionsrisikos.

[Veröffentlichung des Rechtsakts im EU-Amtsblatt](#)

[Faktenblatt](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

### **Ratsschlussfolgerungen zu Verbrauchssteuern auf Tabakwaren**

Der Rat hat am 02.06.2020 Schlussfolgerungen zu der Struktur und den Sätzen der Verbrauchssteuern auf Tabakwaren angenommen (siehe Beitrag des StMFH in diesem EB). In den Schlussfolgerungen wird insbesondere hervorgehoben, dass die geltenden Vorschriften nicht mehr ausreichen, um aktuellen und künftigen Herausforderungen in Bezug auf bestimmte Produkte wie Flüssigkeiten für E-Zigaretten, erhitzte Tabakerzeugnisse und andere Arten von Erzeugnissen der nächsten Generation, die auf den Markt gelangen, gerecht zu werden. Der Rat ersucht die Kommission, Legislativvorschläge vorzulegen, um den in den Schlussfolgerungen dargelegten Fragen und Anliegen Rechnung zu tragen.



Seit 2011 enthält das EU-Recht gemeinsame Vorschriften für die Besteuerung von Tabakwaren, in denen u. a. die Produktkategorien und die anwendbaren Mindestsätze und Strukturen festgelegt sind. Außerdem unterliegen Tabakwaren den gemeinsamen EU-Vorschriften für verbrauchssteuerpflichtige Waren.

[Volltext der Ratsschlussfolgerungen](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)

### **Gesundheitspolitische Schwerpunkte des Aufbauplans und des überarbeiteten Jahresarbeitsprogramms der Kommission**

Am 27.05.2020 hat die Kommission im Kontext der Coronavirus-Krise einen umfassenden EU-Aufbauplan mit dem Titel „Die Stunde Europas – Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen“ und eine überarbeitete Fassung ihres Jahresarbeitsprogramms 2020 vorgelegt.

Der Aufbauplan sieht im Hinblick auf den Gesundheitsbereich insbesondere die Schaffung eines neuen, eigenständigen EU-Gesundheitsprogramms – „EU4Health“ – mit einem Budget von 9,4 Mrd. € im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 vor. Der Aufbauplan erwähnt zudem die EU-Arzneimittelstrategie, mit der die strategische Autonomie Europas durch den Aufbau von zusätzlichen pharmazeutischen Produktionskapazitäten in Europa gestärkt werden soll. Um die Krisenvorsorge und das Krisenmanagement zu verbessern, kündigt die Kommission im Aufbauplan zudem an, Vorschläge zur Stärkung der Europäischen Arzneimittelagentur und des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten vorzulegen.

Dem überarbeiteten Jahresarbeitsprogramm 2020 der Kommission zufolge sollen die aus gesundheitspolitischer Sicht zentralen Projekte – der Europäische Krebsbekämpfungsplan und die Arzneimittelstrategie – wie bisher vorgesehen im vierten Quartal 2020 vorgestellt werden. Weiterhin genannt ist zudem die REFIT-Evaluierung der Verordnungen (EG) Nr. 1901/2006 über Kinderarzneimittel und (EG) Nr. 141/2000 über Arzneimittel für seltene Leiden.

[Mitteilung zum Aufbauplan](#)

[Angepasstes Arbeitsprogramm 2020 der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission legt Vorschlag für eigenständiges Gesundheitsprogramm im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vor**

Als Teil ihres Konzepts für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 hat die Kommission am 27.05.2020 die Einrichtung eines neuen, eigenständigen Gesundheitsprogramms – „EU4Health“ – mit einer Mittelausstattung von 9,4 Mrd. € vorgeschlagen.

Dem Vorschlag zufolge soll „EU4Health“ insbesondere zum Schutz der Menschen in der EU vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren, zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Arzneimitteln, Medizinprodukten und anderen krisenrelevanten Produkten in der EU sowie zur Stärkung der



Gesundheitssysteme und der Arbeitskräfte in der Gesundheitsversorgung beitragen. Als spezifische Programmziele werden u. a. die Stärkung der Prävention, Vorsorge und Reaktion auf schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren, die Bevorratung von krisenrelevanten Produkten, die Unterstützung des digitalen Wandels im Gesundheitswesen sowie Maßnahmen zur Prävention, Diagnose und Überwachung von nicht übertragbaren Krankheiten, insbesondere von Krebs, genannt.

[Mitteilung der Kommission „Der EU-Haushalt als Motor für den Europäischen Aufbauplan“](#)

[Anhang zur Mitteilung „Der EU-Haushalt als Motor für den Europäischen Aufbauplan“](#)

[Verordnungsvorschlag zu EU4Health](#)

[Anhang zum Verordnungsvorschlag zu EU4Health](#)

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

### Konsultation zum Legislativpaket zu digitalen Diensten

Am 03.06.2020 eröffnete die Kommission die Konsultation zum Legislativpaket zu digitalen Diensten (Digital Services Act, DSA). Die Konsultation ist in zwei Teile aufgeteilt: Der **erste Teil** bezieht sich auf die **Grundlagen der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr**. Rechte und Pflichten der Online-Diensteanbieter sollen klarer geregelt werden. Konsultiert wird u. a. zu Haftungsfragen, Online-Werbung, sog. „smart contracts“ (die auf Blockchaintechnologie beruhen) und Vollzugsfragen. Der **zweite Teil** bezieht sich auf die Frage der **Wettbewerbsbedingungen** auf den europäischen digitalen Märkten, bei denen derzeit einige wenige große Online-Plattformen als „Torwächter“ agieren. Dabei soll die Einführung von ex-ante-Regulierungsmaßnahmen geprüft werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 08.09.2020.

Der Rechtsrahmen für digitale Dienste ist seit dem Jahr 2000 grundsätzlich unverändert. Damals wurden die Grundsätze für die grenzüberschreitende Erbringung von digitalen Diensten harmonisiert. Seither hat die Kommission in diesem Bereich einerseits unverbindliche Empfehlungen und Mitteilungen erlassen (z. B. zu Hassrede und Desinformation). Andererseits wurden in einigen speziellen Bereichen auch zusätzliche europäische Regelungen verabschiedet (Urheberrecht, audiovisuelle Medien) oder der Gesetzgebungsprozess angestoßen (terroristische Inhalte). Nun sollen mit dem DSA die grundlegenden horizontalen Regeln der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr aktualisiert und angepasst werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Konsultation zur Vertiefung des Binnenmarkts und der Klarstellung von Verantwortung für digitale Dienste](#)

[Konsultation zu einem ex ante-Regulierungsinstrument für sehr große Onlineplattformen, die als Torwächter agieren](#)

### Ratsschlussfolgerungen zur Digitalstrategie der Kommission

In den [Ratsschlussfolgerungen vom 09.06.2020 zur „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“](#) begrüßt der Rat die drei Mitteilungen der Kommission zu Digitalstrategie, Datenstrategie und zum Weißbuch Künstliche Intelligenz (KI) und ruft alle Beteiligten auf, zu deren Erfolg aktiv beizutragen. Die Ratsschlussfolgerungen behandeln alle Themen der europäischen Digitalpolitik. Der Rat betont darin u. a., dass eine substanzielle Ankurbelung und Koordinierung der **Investitionen** mit besonderem Schwerpunkt auf hochwirksamen Infrastrukturprojekten nötig sei. Zur Regulierung von **KI** solle die Kommission bei der Vorlage ihrer konkreten Vorschläge bestehende Gesetzgebung beachten und einen risikobasierten, verhältnismäßigen und, falls erforderlich, regulatorischen Ansatz wählen. Gerade die COVID-19-Pandemie habe gezeigt, wie wichtig schnelle und überall verfügbare **Konnektivität** sei. Deshalb solle die Kommission ein Paket zusätzlicher Maßnahmen zur Unterstützung des Netzausbaus vorlegen. Die Bedeutung von **digitalen Identitäts- und Vertrauensdiensten** wie elektronische Unterschriften, Siegel, oder elektronische „Einschreiben“ wird



angesichts der Pandemie besonders betont und die Kommission wird aufgerufen, eine EU-Strategie für digitale Verwaltung vorzuschlagen.

### Informelle Videokonferenz der Minister und Ministerinnen für Telekommunikation

Am 05.06.2020 diskutierten die Minister und Ministerinnen für Telekommunikation über die wichtigsten Lehren aus der COVID-19-Krise im digitalen Sektor, zu Wettbewerbsfähigkeit und digitaler Souveränität der EU und zu Investitionen in Konnektivität, Daten und digitale Technologien. Beschlüsse wurden im Videoformat nicht gefasst. Die kroatische Präsidentschaft berichtete zu zwei laufenden Legislativverfahren, dem **ePrivacy-Vorschlag**, für den auf einen [Fortschrittsbericht vom 03.06.2020](#) verwiesen wurde, und dem Verordnungsvorschlag zur Einrichtung eines **Cybersicherheitskompetenzzentrums und eines Netzwerks von Koordinationszentren**, für das am 03.06.2020 ein neues Mandat für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament erteilt worden sei. Im Übrigen stellte die Präsidentschaft den Stand der Umsetzung der **EU-Toolbox zur Sicherheit von 5G-Netzen** vor. Die Kommission berichtete zum aktuellen Stand der Entwicklung von **Kontaktnachverfolgungs-Apps** und betonte, man arbeite weiter an den technischen Spezifikationen zur internationalen Interoperabilität. Außerdem wurde das **Programm im digitalen Bereich der deutschen Präsidentschaft** für das zweite Halbjahr 2020 vorgestellt.

[Tagungsseite des Rats mit weiterführenden Links](#) (in englischer Sprache)

### Veröffentlichung des Digital Economy and Society Index 2020

Am 11.06.2020 veröffentlichte die Kommission den [Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft \(DESI\) für 2020](#). In allen Mitgliedstaaten und in allen gemessenen Schlüsselbereichen (Konnektivität, digitale Kompetenzen, Internetnutzung durch Privatpersonen, Integration digitaler Technik durch Unternehmen und digitale öffentliche Dienste) wurden Fortschritte erzielt. Finnland, Schweden, Dänemark und die Niederlande stehen bei der Gesamtleistung im digitalen Bereich in der EU an der Spitze, dicht gefolgt von Malta, Irland und Estland. Deutschland liegt an zwölfter Stelle (2019: 13., 2018: 14.) und sticht positiv heraus als eines der Länder, in denen die 5G-Bereitschaft am weitesten fortgeschritten ist. In Bezug auf den Aufbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität und im Bereich der digitalen öffentlichen Dienste liegt Deutschland zurück.

Der DESI 2020 beruht auf amtlichen Statistiken des Jahres 2019. Der Bericht betont, für den Wiederaufbau nach der COVID-19-Krise sei es wichtig, dass die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen um eine bessere Abdeckung mit Netzen mit sehr hoher Kapazität, die Zuteilung von 5G-Frequenzen, die Erweiterung der digitalen Kompetenzen der Bürger und die Digitalisierung von Unternehmen und des öffentlichen Sektors verstärken.

[Informationsseite der Kommission](#)

[Länderauswertung Deutschland](#)